

Höchstspannungsleitung

BBPIG Vorhaben Nr. 1 – A-Nord

(Emden Ost – Osterath)

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG

Teil G – Raumordnerische, sonstige öffentliche und private Belange

G1.1 – Raumordnerische, sonstige öffentliche und private Belange

Planfeststellungsabschnitt NRW2
„Nordrhein-Westfalen Mitte“

von der Kreisgrenze Borken/ Wesel zwischen Bocholt und Hamminkeln bis zur
Kreisgrenze Kleve/ Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck

Vorhabenträgerin



Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund

Ansprechpartner

Carsten Stiens
Gleichstrom-Netzprojekte
Projekt A-Nord
Tel. 0231-5849-16088

Auftragnehmer



Ingenieur- und Planungsbüro Lange GmbH & Co. KG

Carl-Peschken-Straße 12
47441 Moers

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG
Abschnitt NRW2

Teil G, Unterlage G1.1

Bearbeitungsstand: Juni 2023
Version: 1.0

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	11
1.1	Anlass der Planung	11
1.2	Rechtliche Grundlagen.....	12
1.2.1	Bundesfachplanung.....	12
1.2.2	Planfeststellung	12
1.2.3	Sonstige öffentliche und private Belange	12
2	Belange der Raumordnung	14
2.1	Übersicht der aktuellen Raumordnungspläne.....	14
2.2	Konformitätsbewertung im Rahmen der Bundesfachplanung	15
2.3	Umsetzung der Maßgaben der Bundesfachplanung.....	16
2.4	Konformitätsbewertung der Vorschlagstrasse	16
2.4.1	Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz vom 19.08.2021	17
2.4.2	Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 2019 vom 06.08.2019	23
2.4.3	Regionalpläne.....	24
2.4.4	Zu berücksichtigende Ergebnisse landesplanerischer Verfahren	31
2.5	Abschließende Beurteilung/Fazit.....	32
3	Sonstige öffentliche und private Belange	33
3.1	Belange der kommunalen Planungshoheit	33
3.1.1	Erläuterung der Datengrundlagen.....	34
3.1.2	Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung.....	34
3.1.3	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen	35
3.1.4	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen	35
3.1.5	Prüfung und Festlegung von Maßnahmen zu Vermeidung/Minderung von Beeinträchtigungen/Konflikten	36
3.1.6	Abschließende Beurteilung/Fazit	36
3.2	Belange der Landwirtschaft.....	36
3.2.1	Erläuterung der Datengrundlagen.....	37
3.2.2	Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung.....	37
3.2.3	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen	38
3.2.4	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen	40
3.2.5	Prüfung und Festlegung von Maßnahmen zu Vermeidung/Minderung von Beeinträchtigungen/Konflikten	41
3.2.6	Abschließende Beurteilung/Fazit	41
3.3	Belange der Forstwirtschaft.....	41
3.4	Belange des Bergbaus und der Rohstoffsicherung.....	41

3.4.1	Erläuterung der Datengrundlage.....	41
3.4.2	Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung.....	42
3.4.3	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen	42
3.4.4	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen	42
3.5	Belange der Infrastruktur, des Straßenbaus und der Schifffahrt	43
3.5.1	Flughäfen und Landeplätze	43
3.5.1.1	Erläuterung der Datengrundlage	43
3.5.1.2	Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung	43
3.5.1.3	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	43
3.5.1.4	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	43
3.5.2	Weitere Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienen, Wasserwege)	44
3.5.2.1	Erläuterung der Datengrundlage	44
3.5.2.2	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	44
3.5.2.3	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	44
3.5.3	Ver- und Entsorgungsanlagen	44
3.5.3.1	Erläuterung der Datengrundlage	44
3.5.3.2	Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung	45
3.5.3.3	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	45
3.5.3.4	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	45
3.5.4	Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien (Windkraftanlagen, Solaranlagen)	45
3.5.4.1	Erläuterung der Datengrundlage	45
3.5.4.2	Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung	45
3.5.4.3	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	45
3.5.4.4	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	47
3.5.5	Übertragungs- und Verteilnetz Elektrizität.....	47
3.5.5.1	Erläuterung der Datengrundlage	47
3.5.5.2	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	47
3.5.5.3	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	48
3.5.6	Fernleitungs- und Verteilnetz Gas, weitere Leitungsinfrastruktur	48
3.5.6.1	Erläuterung der Datengrundlage	48
3.5.6.2	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	48
3.5.6.3	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	48
3.5.7	Richtfunkverbindungen und andere Telekommunikationsinfrastruktur	49

3.5.7.1	Erläuterung der Datengrundlage	49
3.5.7.2	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	49
3.5.7.3	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	49
3.5.8	Militärische Anlagen.....	49
3.5.8.1	Erläuterung der Datengrundlage	49
3.5.8.2	Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung	49
3.5.8.3	Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen.....	50
3.5.8.4	Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen.....	50
3.6	Ordnungsrechtliche Belange (munitions- und kampfmittelbelastete Flächen).....	50
3.7	Belange der Bundeswehr	51
3.8	Andere behördliche Verfahren.....	52
3.8.1	Bestandserfassung	52
3.8.2	Auswirkung	54
3.9	Belange der Gewerbeausübung.....	54
3.9.1	Bestandserfassung	54
3.9.2	Beurteilung und Bewertung der Auswirkungen des Vorhaben	54
4	Quellenverzeichnis	55

Abbildungsverzeichnis

Abb. 3-1:	Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze im Umfeld der Antragstrasse bei SL209	42
Abb. 3-2:	Windräder im Umfeld der Antragstrasse bei SL209	46
Abb. 3-3:	Windräder im Umfeld der Antragstrasse zwischen SL214 und SL215	46
Abb. 3-4:	Windräder im Umfeld der Antragstrasse bei SL226	47
Abb. 3-5:	Flurbereinigungsverfahren Deich Kalkar-Niedermörmter bei SL223	53
Abb. 3-6:	Flurbereinigungsverfahren Deich Kalkar-Niedermörmter bei SL224	53

Tabellenverzeichnis

Tab. 2-1:	Maßgaben der Bundesfachplanungsentscheidung	16
Tab. 2-2:	Konformitätsbewertung zu den betroffenen Erfordernissen des Länderübergreifenden Raumordnungsplans für den Hochwasserschutz	17
Tab. 2-3:	Konformitätsbewertung zu den zeichnerisch dargestellten Erfordernissen der Raumordnung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen 2019 ...	23
Tab. 2-4:	Konformitätsbewertung zu den betroffenen Erfordernissen der Regionalplanung	25
Tab. 3-1:	Betroffene söpB-relevante Darstellungen und Festlegungen der Bauleitplanung	35
Tab. 3-2:	Darstellung der betrachteten Biotoptypen.....	37
Tab. 3-3:	Flächenanteile landwirtschaftlich geprägter Biotoptypen am Untersuchungsraum	38
Tab. 3-4:	Flächenanteile und Betroffenheiten landwirtschaftlicher Nutzungen innerhalb der Baustelleneinrichtungsflächen	39
Tab. 3-5:	Auflistung der betrachteten Kriterien zu Belangen des Bergbaus und der Rohstoffsicherung	42
Tab. 3-6:	Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von Flughäfen und Landeplätzen.....	43
Tab. 3-7:	Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von Ver- und Entsorgungsanlagen	45
Tab. 3-8:	Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien	45
Tab. 3-9:	Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von militärischen Anlagen	50

Plananlage

Plananlage G1.2	Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz	M 1:50.000
Plananlage G1.3	Landesentwicklungsplan Nordrhein - Westfalen	M 1:50.000
Plananlage G1.4	Regionalplanung	M 1:50.000
Plananlage G1.5	Bauleitplanung	M 1:25.000
Plananlage G1.6	Landwirtschaft	M 1:10.000

HINWEIS:

Die Legenden der Plananlagen weisen themenspezifisch jeweils nur die Inhalte aus, die im beantragten Abschnitt tatsächlich vorkommen. In der Folge sind beispielsweise nicht alle Gebietskategorien in der Legende sichtbar, die methodisch in der vorliegenden Unterlage aufgeführt werden.

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AC	alternating current
Art.	Artikel
ATKIS	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem
BauGB	Baugesetzbuch
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BKompV	Bundeskompensationsverordnung
BNetzA	Bundesnetzagentur
bspw.	beispielsweise
BWaldG	Bundeswaldgesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d. h.	das heißt
DC	direct current
DGM	Digitales Geländemodell
ges.	gesamt
GG	Grundgesetz
LEP	Landesentwicklungsplan
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz
RO	Raumordnung
ROG	Raumordnungsgesetz
RP	Regionalplan
söpB	sonstige öffentliche und private Belange
u. a.	unter anderem
VR	Vorranggebiet
Ziff.	Ziffer

1 Einleitung

1.1 Anlass der Planung

Das Vorhaben A-Nord sieht eine Höchstspannungsleitung zwischen den Netzverknüpfungspunkten (NVP) Emden Ost (Stadt Emden) in Niedersachsen und Osterath (Stadt Meerbusch) in Nordrhein-Westfalen vor. Es ist als Vorhaben Nr. 1 in der Anlage des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) gelistet. Die circa 305 km lange Höchstspannungsleitung wird als Erdkabelanlage errichtet und die elektrische Energie mittels Gleichstrom transportiert. Die Maßnahme stellt einen Baustein zum Ausbau des deutschen Stromnetzes im Zuge der Energiewende dar. Zuständige Behörde für das länderübergreifende Vorhaben A-Nord ist die Bundesnetzagentur (BNetzA).

In einem ersten Verfahrensschritt wurde von der BNetzA im Rahmen der sog. Bundesfachplanung verbindlich ein Trassenkorridor von 1.000 m Breite festgelegt, der die NVP miteinander verbindet und in dem das Vorhaben A-Nord raumverträglich realisiert werden kann. In den Planfeststellungsunterlagen legt die Vorhabenträgerin nun eine Antragstrasse vor, die seitens der BNetzA geprüft wird. Am Ende des Planfeststellungsverfahrens legt die BNetzA per Beschluss einen konkreten Trassenverlauf fest (sog. Planfeststellungsbeschluss). Aufgrund der Komplexität des Vorhabens wurde A-Nord zur Vereinfachung des behördlichen Zulassungsverfahrens in die folgenden Zulassungsabschnitte eingeteilt:

- NDS1 „Niedersachsen Nord“ von Emden Ost (NVP) bis zur Landkreisgrenze Leer/Emsland
- NDS2 „Niedersachsen Mitte“ von der Landkreisgrenze Leer/Emsland bis zur Gemeindegrenze Wietmarschen/Nordhorn
- NDS3 „Niedersachsen Süd“ von der Gemeindegrenze Wietmarschen/Nordhorn bis zur Bundesländergrenze von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen
- NRW1 „Nordrhein-Westfalen Nord“ von der Bundesländergrenze von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bis zur Kreisgrenze Borken/Wesel zwischen Bocholt und Hamminkeln
- NRW2 „Nordrhein-Westfalen Mitte“ von der Kreisgrenze Borken/Wesel zwischen Bocholt und Hamminkeln bis zur Kreisgrenze Kleve/Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck
- NRW3a „Nordrhein-Westfalen Süd“ von der Kreisgrenze Kleve/Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck bis zur Konverterstation Meerbusch
- NRW3b „Betrieb Wechselstrom-Anbindungsfreileitung“ von der Konverterstation Meerbusch bis zum NVP Osterath

Das Vorhaben ist detailliert im Erläuterungsbericht, in der Unterlage A2.1, beschrieben. Dort finden sich u. a. allgemeine Angaben zum Projekt, technische Erläuterungen zum Bau und Betrieb der Erdkabel sowie eine Beschreibung des Leitungsverlaufes.

1.2 Rechtliche Grundlagen

1.2.1 Bundesfachplanung

Da es sich bei dem Vorhaben A-Nord um ein länderübergreifendes Projekt handelt, wurde gemäß § 4 ff. NABEG eine Bundesfachplanung durchgeführt. In der Bundesfachplanung wurde von der Amprion GmbH, mit Einreichung der Unterlagen nach § 8 NABEG, ein 1.000 m breiter Trassenkorridor vorgeschlagen, in dem die HGÜ-Leitung verlaufen soll. Die Unterlagen nach § 8 wurden in die folgenden vier Abschnitte unterteilt:

- Abschnitt A (Abschnitt Emden Ost – Raum Bunde)
- Abschnitt B (Abschnitt Raum Bunde – Raum Wietmarschen)
- Abschnitt C (Abschnitt Raum Wietmarschen – Raum Borken/Schermbeck)
- Abschnitt D (Abschnitt Raum Borken/Schermbeck – Osterath)

Auf Grundlage der von der Amprion GmbH eingereichten Unterlagen hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) den vorgeschlagenen Trassenkorridor sowie die ernsthaft in Betracht kommenden Alternativen von Trassenkorridorsegmenten auf Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung, hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen sowie in Bezug auf die sonstigen öffentlichen und privaten Belange geprüft. Auf Grundlage dieser Prüfung erfolgte am 31.05.2021 die Festlegung des Trassenkorridors gemäß § 12 NABEG für den Abschnitt D (Abschnitt Raum Borken/Schermbeck - Osterath). Für den in dieser Unterlage gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt NRW2 ist der Abschnitt D relevant.

1.2.2 Planfeststellung

Der Antrag auf Planfeststellung für den Abschnitt NRW2 wurde gemäß § 19 NABEG am 05.11.2021 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Bestandteil der Antragsunterlagen war u. a. ein Vorschlag für den beabsichtigten Trassenverlauf (Vorschlagstrasse) einschließlich einer ersten Abschichtung und Bewertung in Frage kommender Alternativen sowie ein Vorschlag zum Untersuchungsrahmen.

Nachdem auf Grundlage dieses Antrags die Antragskonferenz gemäß § 20 Abs. 1 und 2 NABEG durchgeführt wurde, erfolgte am 16.03.2022 die Festlegung des Untersuchungsrahmens gemäß § 20 Abs. 3 NABEG durch die BNetzA.

Die Vorgaben des Untersuchungsrahmens (BNetzA 2022: 27 ff.) bilden die wesentliche Grundlage für die Erarbeitung der vorliegenden Unterlage.

1.2.3 Sonstige öffentliche und private Belange

Gemäß § 18 Abs. 4 S. 1 NABEG sind bei der Planfeststellung die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen. In der vorliegenden Unterlage werden diejenigen sonstigen öffentlichen und privaten Belange (söpB) dokumentiert und hinsichtlich ihrer Betroffenheit untersucht, die nicht bereits Gegenstand sonstiger Planfeststellungsunterlagen sind.

Hierzu zählen im Planfeststellungsabschnitt NRW2:

- Belange der Raumordnung,
- Belange der kommunalen Planungshoheit,
- Belange der Landwirtschaft,
- Belange der Forstwirtschaft,
- Belange des Bergbaus und der Rohstoffsicherung,
- Belange der Infrastruktur, des Straßenbaus und der Schifffahrt,
- ordnungsrechtliche Belange (munitions- und kampfmittelbelastete Flächen),
- Belange der Bundeswehr,
- andere behördliche Verfahren (etwa Flurbereinigungs- oder Bodenneuordnungsverfahren) und
- Belange der Gewerbeausübung.

2 Belange der Raumordnung

"Bei [...] Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung [...] bedürfen, sind Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen." (§ 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 Raumordnungsgesetz (ROG)).

Die Belange der Raumordnung sind deswegen in den Unterlagen nach § 21 NABEG darzulegen und bezüglich ihrer Konformität mit dem Vorhaben zu bewerten (vgl. § 18 Abs. 4 NABEG und BNetzA: 28).

Bezogen auf den Bundesfachplanungskorridor wurde die Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung bereits in der Bundesfachplanung, Unterlage 2 "Raumverträglichkeitsstudie" gem. § 5 Abs. 2 S. 1 NABEG i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 ROG geprüft.

Dabei waren zum Zeitpunkt der Bundesfachplanungsentscheidung nach § 12 NABEG für den Abschnitt D vom 31.05.2021 die folgenden Raumordnungspläne für den Bereich des gegenständlichen Planfeststellungsabschnitts NRW2 rechtskräftig:

- Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 2019 vom 06.08.2019
- Regionalplan Düsseldorf 2018 vom 13.04.2018
- 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf 2018 - "Mehr Wohnbauland am Rhein" vom 26.11.2020
- Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf, in Kraft getreten am 15.12.1999 (GEP 99). (nur für den Kreis Wesel)
- 51. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99), in Kraft getreten 09.12.2008 (nur für den Kreis Wesel)
- 81. Änderung des Regionalplans Düsseldorf für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Voerde vom 23.08.2017
- 82. Änderung des Regionalplans Düsseldorf für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Rheinberg vom 27.09.2017

Des Weiteren überlagert sich das Vorhaben im Bereich des Kreises Wesel mit dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Regionalplans Ruhr, dessen Ziele der Raumordnung als sonstige Erfordernisse zu berücksichtigen sind (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG).

Bezugnehmend auf die Bundesfachplanungsentscheidungen zu dem Abschnitt D wird für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt NRW2 nachfolgend eine aktualisierte Beurteilung der Konformität des Vorhabens mit den Belangen der Raumordnung durchgeführt.

2.1 Übersicht der aktuellen Raumordnungspläne

Im Folgenden werden die aktuell rechtskräftigen Raumordnungspläne aufgeführt, deren Geltungsbereiche sich mit dem gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt NRW2 überschneiden:

- Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz vom 19.08.2021

- Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 2019 vom 06.08.2019, in Kraft getreten am 06.08.2019. Zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan vom 12. Juli 2019.
- Regionalplan Düsseldorf, in Kraft getreten am 13.04.2018.
- 1. Änderung des RP Düsseldorf 2018 – „Mehr Wohnbauland am Rhein“, in Kraft getreten am 26.11.2020.
- Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf, in Kraft getreten am 15.12.1999 (GEP 99) (nur für den Kreis Wesel).
- 51. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99), in Kraft getreten 09.12.2008 (nur für den Kreis Wesel).

Die in der Bundesfachplanungsentscheidung für den Abschnitt D ebenfalls erwähnte 81. Änderung des Regionalplans Düsseldorf für die Stadt Voerde sowie die 82. Änderung des Regionalplans Düsseldorf für die Stadt Rheinberg betrifft einen im Rahmen der Bundesfachplanung abgeschichteten Korridorverlauf. Für die Konformitätsbewertung der zur Planfeststellung beantragten Vorschlagstrasse sind diese Änderungen des Regionalplans deswegen nicht von Relevanz.

Des Weiteren überlagert sich das Vorhaben im Bereich des Kreises Wesel mit dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Regionalplans Ruhr, dessen Ziele der Raumordnung als sonstige Erfordernisse zu berücksichtigen sind (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG).

2.2 Konformitätsbewertung im Rahmen der Bundesfachplanung

Im Rahmen der Bundesfachplanungsentscheidung zu dem Abschnitt D stellte die Bundesnetzagentur für den festgelegten Bundesfachplanungskorridor im Bereich des gegenständlichen Planfeststellungsabschnitts NRW2 fest, dass dieser mit den Zielen der Raumordnung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG, für die nach § 5 Abs. 2 NABEG eine Bindungswirkung besteht, übereinstimmt (siehe BNetzA 2021: S. 23 ff.). Diese strikte Bindungswirkung betraf zum damaligen Zeitpunkt (auf Grund des fehlenden Widerspruchs der BNetzA im Rahmen des Beteiligungsverfahrens) für den Bundesfachplanungskorridor des Planfeststellungsabschnitts NRW2 die Ziele des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen vom 06.08.2019, des Regionalplans Düsseldorf vom 13.04.2018 und der 1. Änderung des RP Düsseldorf 2018 – in Kraft getreten am 26.11.2020.

Zudem stellte die Bundesnetzagentur fest, dass der festgelegte Trassenkorridor für den Bereich des Planfeststellungsabschnitts NRW2 auch mit den Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung sowie den Zielen, für die nach § 5 Abs. 2 NABEG keine Bindungswirkung besteht, die aber dennoch in der Abwägung zu berücksichtigen sind, übereinstimmt (siehe BNetzA 2021: 163 ff.).

Die aktuelle Fassung des mittlerweile in Kraft getretenen Länderübergreifenden Raumordnungsplans für den Hochwasserschutz vom 19.08.2021 lag hingegen noch nicht vor und konnten dementsprechend nur in einer Entwurfsfassung als sonstige Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigt werden.

Allerdings sind die Ergebnisse der Bundesfachplanung für die Länder verbindlich und haben grundsätzlich Vorrang vor Landesplanungen (§ 15 Abs. 1 NABEG). Für die Aufstellung, Änderung oder Ergänzung eines Raumordnungsplans gilt entsprechend § 3a Abs. 2 NABEG, dass im Raumordnungsplan Festlegungen getroffen werden sollen, die sicherstellen, dass die Bundesfachplanung und die Planfeststellung nicht erschwert werden, sofern Ziele der Raumordnung die Bundesfachplanung oder die Planfeststellung berühren können. Erst nach Beteiligung der Bundesnetzagentur und fehlendem Widerspruch dieser zu einem Raumordnungsplan, sind die Ziele des Raumordnungsplans für das Vorhaben verbindlich (vgl. § 5 Abs. 2 NABEG). Durch die Regelung des § 3a Abs. 2 NABEG und die Beteiligung der Bundesnetzagentur ist somit sichergestellt, dass Raumordnungspläne, die nach dem Zeitpunkt der Bundesfachplanungsentscheidung aufgestellt wurden mit dem Vorhaben konform sind. Nichtsdestotrotz erfolgt im Rahmen der vorliegenden Unterlage eine Konformitätsbewertung dieser Raumordnungspläne. Ihre Prüfung erfolgt in Kapitel 2.4.

2.3 Umsetzung der Maßgaben der Bundesfachplanung

Durch die Umsetzung folgender Maßgaben der Bundesfachplanungsentscheidung nach § 12 NABEG für den Abschnitt D vom 31.05.2021 wird sichergestellt, dass eine Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung hergestellt wird:

Tab. 2-1: Maßgaben der Bundesfachplanungsentscheidung

Maßgaben	Umgang mit der Maßgabe in den Planfeststellungsunterlagen
Maßgabe 01 (vgl. BNetzA 2021: 3) Im festgelegten Trassenkorridor gelegene Gebiete, die mit für die Bundesfachplanung verbindlichen Zielen der Raumordnung belegt sind und für die keine Konformität festgestellt werden kann, sind in der Planfeststellung von einer Trassierung auszunehmen.	Gebiete, die mit für die Bundesfachplanung verbindlichen Zielen der Raumordnung belegt sind und für die keine Konformität festgestellt werden kann, werden von der Vorschlagstrasse ausgespart.
Maßgabe 02 (vgl. BNetzA 2021: 3) Raumordnungsgebiete, die mit für die Bundesfachplanung verbindlichen Zielen der Raumordnung belegt sind, bei denen die Vereinbarkeit mit der Höchstspannungsleitung nur unter der Anwendung von Maßnahmen erreichbar ist, sind nur dann mit einer Trasse zu queren, wenn zur Erreichung der Raumverträglichkeit geeignete Maßnahmen angewendet werden. Auf die konkreten Ausführungen u.a. unter Ziffer C.5.5.1.1.4.4 (Schutz der Natur) und C.5.5.1.1.4.8 (Wald und Forstwirtschaft) wird verwiesen.	Sofern die Trasse Raumordnungsgebiete quert, die mit verbindlichen Zielen der Raumordnung belegt sind und bei denen die Vereinbarkeit mit der Höchstspannungsleitung nur unter der Anwendung von technischen und umweltfachlichen Maßnahmen erreichbar ist, werden entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen festgelegt, durch die die Konformität erreicht wird. Die Umsetzung der Maßnahmen wird im Zuge der Trassierung der Vorschlagstrasse berücksichtigt sowie im Rahmen der Detailplanung (z. B. Festlegung von Maßnahmen im Landschaftspflegerischen Begleitplan) und während der Bauausführung gewährleistet. Sofern die Konformität unter der Anwendung von Maßnahmen nicht erreicht werden kann, erfolgt die Trassierung außerhalb des Gebietes.

2.4 Konformitätsbewertung der Vorschlagstrasse

Nachfolgend wird eine aktualisierte Konformitätsbewertung der Vorschlagstrasse vorgenommen. Diese Aktualisierung trägt sowohl den nach den Bundesfachplanungsentscheidungen neu in Kraft getretenen Raumordnungsplänen als auch zwischenzeitlichen Änderungen von Raumordnungsplänen inhaltlich Rechnung. Die Konformitätsbewertung erfolgt auf Grundlage

der nun vorliegenden Feintrassierung und der vorangeschrittenen Vorhabenplanung einschließlich ihrer raumbedeutsamen Auswirkungen. Auf dieser Grundlage werden die vorgesehenen Maßnahmen zur Erreichung der Konformität gegenüber der Bundesfachplanung konkretisiert. Schließlich erfolgt auch ein Abgleich, ob gegenüber der Bundesfachplanung neu zu berücksichtigende Ergebnisse landesplanerischer Verfahren vorliegen, deren Übereinstimmung mit dem Vorhaben geprüft werden muss.

2.4.1 Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz vom 19.08.2021

Der Länderübergreifende Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz vom 19.08.2021 enthält ausschließlich textliche Festlegungen zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung mit sachlichem Bezug zum Hochwasserschutz. Diese werden nachfolgend auf ihre Konformität mit dem Vorhaben geprüft. Die für die Beurteilung der Konformität relevanten Nutzungen und Ausweisungen, auf die sich die textlichen Festlegungen des Raumordnungsplans beziehen, werden in Plananlage G1.2 dargestellt.

Tab. 2-2: Konformitätsbewertung zu den betroffenen Erfordernissen des Länderübergreifenden Raumordnungsplans für den Hochwasserschutz

Ziel/Grundsatz Nr.	Erfordernis der Raumordnung & Konformitätsbewertung
I. Allgemeines	
I.1.1 (Z)	<i>"Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich der Siedlungsentwicklung sind die Risiken von Hochwassern nach Maßgabe der bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten zu prüfen; dies betrifft neben der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Hochwasserereignisses und seinem räumlichen und zeitlichen Ausmaß auch die Wassertiefe und die Fließgeschwindigkeit. Ferner sind die unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen in die Prüfung von Hochwasserrisiken einzubeziehen."</i>
	<p>Für das Vorhaben werden die Risiken von Hochwasser nach Maßgabe der bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten anhand der Ziele und Grundsätze der Raumordnung in der vorliegenden Unterlage sowie im Hinblick auf Risiken und Unfälle sowie die zu erwartenden Umweltauswirkungen in der Unterlage F1.1 "UVP-Bericht" geprüft.</p> <p>Das Vorhaben quert das festgesetzte Überschwemmungsgebiet der Issel mehrfach zwischen SL209_0+000 und SL217_0+000 sowie das festgesetzte Überschwemmungsgebiet des Rheins zwischen SL221_0+400 und SL223_0+400 (vgl. LANUV 2023). Von SL209_0+200 bis SL230_0+400 befindet sich das Vorhaben nahezu durchgehend innerhalb eines HQ 100. Von SL207_0+500 bis SL231_0+400 befindet sich das Vorhaben zudem nahezu durchgehend innerhalb eines HQ extrem (vgl. ebd.).</p> <p>Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf die Hochwassergefahr oder das Hochwasserrisiko haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb der Überschwemmungsgebiete mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln.</p> <p>Im Falle eines Hochwasserereignisses sind keine raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf die einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen zu erwarten. Die Konformität des Vorhabens mit dem Ziel der Raumordnung ist gegeben.</p> <p>(Konformität gegeben)</p>
	I.1.2 (G)
	<i>"Bei raumbedeutsamen Maßnahmen zum Hochwasserschutz sollen neben den fachrechtlich erforderlichen Belangen auch wasserwirtschaftliche Erkenntnisse aus vergangenen extremen Hoch-</i>

Ziel/Grundsatz Nr.	Erfordernis der Raumordnung & Konformitätsbewertung
	<p>wasserereignissen zugrunde gelegt werden. Gleichfalls sollen die volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Ereignisse zugrunde gelegt werden, soweit diesbezügliche Daten und Bewertungskriterien bekannt oder bei öffentlichen Stellen verfügbar sind."</p> <p>Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. (Konformität gegeben)</p>
I.2.1 (Z)	<p>"Die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer, durch Starkregen oder durch in Küstengebiete eindringendes Meerwasser sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich der Siedlungsentwicklung nach Maßgabe der bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten vorausschauend zu prüfen."</p> <p>Auswirkungen des Klimawandels auf das Vorhaben werden in Unterlage F1.1 (UVP-Bericht) geprüft. (Konformität gegeben)</p>
I.2.2 (G)	<p>"Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen zum Hochwasserschutz sollen in mittelfristigen Zeiträumen im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Vorschriften des § 73 Absatz 6 und des § 75 Absatz 6 Satz 3 und 4 WHG bleiben unberührt."</p> <p>Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. (Konformität gegeben)</p>
I.3 (G)	<p>"Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen zum Hochwasserschutz sollen flussgebietseinheitsbezogen in dem Umfang koordiniert werden, wie es nach ihrem Inhalt und Detaillierungsgrad angemessenerweise verlangt werden kann. Insbesondere sollen die Auswirkungen der Planungen und Maßnahmen nach Satz 1 auf die Unterlieger und die Oberlieger berücksichtigt werden. Die Rückhaltung von Hochwässern soll Vorrang vor dem Bau von Hochwasserschutzanlagen in Fließrichtung wie Deichen haben, soweit dies mit dem integralen Ansatz des wasserwirtschaftlichen Hochwasserrisikomanagements – jeweils angepasst an die örtliche Situation – vereinbar ist. Die Vorschriften des § 73 Absatz 3 und 4 und des § 75 Absatz 4 und 5 WHG bleiben unberührt."</p> <p>Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. (Konformität gegeben)</p>
II. Schutz vor Hochwasser ausgenommen Meeresüberflutungen	
II.1.1 (G)	<p>"Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Einzugsgebieten nach § 3 Nummer 13 WHG sollen hochwasserminimierende Aspekte berücksichtigt werden. Auf eine weitere Verringerung der Schadenspotentiale soll auch dort, wo technische Hochwasserschutzanlagen schon vorhanden sind, hingewirkt werden."</p> <p>Das Vorhaben befindet sich innerhalb von Einzugsgebieten nach § 3 Nr. 13 WHG. Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf die Hochwassergefahr oder das Hochwasserrisiko haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb von Überschwemmungsgebieten mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Wasser werden in Unterlage F1.1 (UVP-Bericht) geprüft. (Konformität gegeben)</p>
II.1.2 (Z)	<p>"In Einzugsgebieten nach § 3 Nummer 13 WHG ist hinter Hochwasserschutzanlagen der Raum, der aus wasserwirtschaftlicher Sicht für eine später notwendige Verstärkung der Hochwasserschutzanlagen erforderlich sein wird, von entgegenstehenden Nutzungen und Funktionen freizu-</p>

Ziel/Grund- satz Nr.	Erfordernis der Raumordnung & Konformitätsbewertung
	<p>halten. Gleichmaßen ist der aus wasserwirtschaftlicher Sicht erforderliche Raum für Deichrückverlegungen von entgegenstehenden Nutzungen und Funktionen freizuhalten. Als erforderlich im Sinne von Satz 1 und 2 ist ein Raum nur dann anzusehen, wenn die für den Hochwasserschutz zuständige Behörde aufgrund einer hinreichend verfestigten Planung gegenüber einem potenziellen Nutzer im Zeitpunkt von dessen Antragstellung nachweist, dass dort eine bestimmte Verstärkungsmaßnahme oder Deichrückverlegung notwendig werden wird. Die Sätze 1 und 2 gelten nur für den Fall, dass den Maßnahmen des Hochwasserschutzes keine unüberwindbaren Rechte entgegenstehen; Satz 2 gilt nicht, wenn eine Erweiterung bestehender Anlagen den Hochwasserschutz nur unerheblich beeinträchtigt und diese Beeinträchtigung im zeitlichen, räumlichen und funktionalen Zusammenhang ausgeglichen wird. § 77 WHG bleibt unberührt."</p> <p>Das Vorhaben steht einer späteren Verstärkung der Hochwasserschutzanlagen nicht entgegen. (Konformität gegeben)</p>
II.1.3 (Z)	<p>"Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Einzugsgebieten nach § 3 Nummer 13 WHG ist das natürliche Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögen des Bodens, soweit es hochwassermindernd wirkt und Daten über das Wasserhaltevermögen des Bodens bei öffentlichen Stellen verfügbar sind, zu erhalten. Einer Erhaltung im Sinne von Satz 1 wird gleichgesetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Beeinträchtigung des Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögens des Bodens wird in angemessener Frist in einem räumlichen und funktionalen Zusammenhang ausgeglichen. 2. Bei notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen sowie Ausbau- und Neubauvorhaben von Bundeswasserstraßen werden mehr als nur geringfügige Auswirkungen auf den Hochwasserschutz vermieden." <p>Durch das Vorhaben ist keine Beeinträchtigung des Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögens des Bodens zu erwarten (siehe Unterlage F1.1 (UVP-Bericht). (Konformität gegeben)</p>
II.1.4 (G)	<p>"Die in Einzugsgebieten nach § 3 Nummer 13 WHG als Abfluss- und Retentionsraum wirksamen Bereiche in und an Gewässern sollen in ihrer Funktionsfähigkeit für den Hochwasserschutz erhalten werden. Flächen, die zurzeit nicht als Rückhalteflächen genutzt werden, aber für den Wasserrückhalt aus wasserwirtschaftlicher Sicht geeignet und erforderlich sind, sollen von entgegenstehenden Nutzungen freigehalten und als Retentionsraum zurückgewonnen werden; dies gilt insbesondere für Flächen, die an ausgebaute oder eingedeichte Gewässer angrenzen. Eine Flächenfreihaltung ist nur dann erforderlich, wenn die für den Hochwasserschutz zuständige Behörde aufgrund einer hinreichend verfestigten Planung gegenüber einem potenziellen Nutzer im Zeitpunkt von dessen Antragstellung nachweist, dass diese Fläche als Retentionsraum genutzt wird oder genutzt werden soll. Auf Flächen nach Satz 1 und Satz 2 sollen den Hochwasserabfluss oder die Hochwasserrückhaltung beeinträchtigende Nutzungen nur ausnahmsweise geplant oder zugelassen werden, wenn überwiegende Gründe des Klimaschutzes oder eines anderen öffentlichen Interesses dies notwendig machen und ein zeit- und ortsnahe Ausgleich des Retentionsraumverlusts vorgesehen ist. Satz 4 gilt nicht für Maßnahmen des Hochwasserschutzes. § 77 WHG bleibt unberührt."</p> <p>Die unterirdisch verlegten Kabel stellen keine den Hochwasserabfluss oder die Hochwasserrückhaltung beeinträchtigende Nutzung dar. Als Abfluss- und Retentionsräume wirksame Bereiche werden daher durch die unterirdisch verlegte Leitung in ihrer Funktionsfähigkeit für den Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt. Das Vorhaben steht der zukünftigen Nutzung von Flächen, die zurzeit nicht als Rückhalteflächen genutzt werden, aber für den Wasserrückhalt aus wasserwirtschaftlicher Sicht geeignet und erforderlich sind, grundsätzlich nicht entgegen. (Konformität gegeben)</p>
II.1.5 (G)	<p>"Werden im Zuge des Ausbaus von Gewässern sowie des Ausbaus, des Neubaus oder der Beseitigung von Bundeswasserstraßen raumbedeutsame Renaturierungsmaßnahmen geplant, die zur Senkung des Hochwasserrisikos führen können, sollen diese Renaturierungsmaßnahmen bei Bedarf auf geeignete Weise räumlich gesichert werden."</p>

Ziel/Grundsatz Nr.	Erfordernis der Raumordnung & Konformitätsbewertung
	<p>Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. (Konformität gegeben)</p>
II.1.6 (G)	<p><i>"Raumbedeutsame Maßnahmen des Hochwasserschutzes sollen auf geeignete Weise räumlich gesichert werden, soweit sie in der zum Zeitpunkt der Sicherung geltenden Maßnahmenliste des Nationalen Hochwasserschutzprogramms enthalten und noch nicht in Bau oder Betrieb sind."</i></p> <p>Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. Die in den Raumordnungsplänen zeichnerisch und textlich festgelegten Erfordernisse der Raumordnung werden berücksichtigt bzw. beachtet. (Konformität gegeben)</p>
II.1.7 (G)	<p><i>"Negative Auswirkungen von Hochwassern auf die Trinkwasserversorgung, insbesondere auf Anlagen der Trinkwasserversorgung, sollen vermieden werden."</i></p> <p>Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. (Konformität gegeben)</p>
II.2.1 (G)	<p><i>"Überschwemmungsgebiete nach § 76 Absatz 1 WHG, die noch nicht wasserrechtlich vorläufig gesichert wurden, sollen auf geeignete Weise räumlich gesichert werden. § 76 Absatz 3 WHG bleibt unberührt."</i></p> <p>Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. (Konformität gegeben)</p>
II.2.2 (G)	<p><i>"In Überschwemmungsgebieten nach § 76 Absatz 1 WHG sollen Siedlungen und raumbedeutsame bauliche Anlagen entsprechend den Regelungen der §§ 78, 78a WHG nicht erweitert oder neu geplant, ausgewiesen oder errichtet werden. Die Minimierung von Hochwasserrisiken soll auch insoweit berücksichtigt werden, als Folgendes geprüft wird:</i></p> <p>1. Rücknahme von in Flächennutzungsplänen für die Bebauung dargestellten Flächen sowie von in landesweiten und regionalen Raumordnungsplänen für die Bebauung festgelegten Gebieten, wenn für sie noch kein Bebauungsplan oder keine Satzung nach § 34 Absatz 4 oder § 35 Absatz 6 BauGB aufgestellt wurde. Dies gilt nicht, wenn in der jeweiligen Gemeinde keine ernsthaft in Betracht kommenden Standortalternativen bestehen oder die Rücknahme eine wirtschaftlich unzumutbare Belastung für die Gemeinde darstellen würde. In diesem Fall soll bei baulichen Anlagen eine Bauweise gewählt werden, die der für den jeweiligen Standort im Überflutungsfall prognostizierten Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit angepasst ist.</p> <p>2. Umplanung und Umbau vorhandener Siedlungen bzw. Siedlungsstrukturen in einem mittelfristigen Zeitraum, soweit es die räumliche Situation in den betroffenen Gemeinden und das Denkmalschutzrecht zulassen und soweit dies langfristig unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten kosteneffizienter als ein Flächen- oder Objektschutz ist."</p> <p>Das Vorhaben quert das festgesetzte Überschwemmungsgebiet der Issel mehrfach zwischen SL209_0+000 und SL217_0+000 sowie das festgesetzte Überschwemmungsgebiet des Rheins zwischen SL221_0+400 und SL223_0+400 (vgl. LANUV 2023). Nach § 78 Abs. 4 WHG ist in festgesetzten Überschwemmungsgebieten die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 des Baugesetzbuches untersagt. Abweichend hiervon kann die zuständige Behörde jedoch die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im Einzelfall genehmigen, wenn "1. das Vorhaben a) die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird, b) den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,</p>

Ziel/Grundsatz Nr.	Erfordernis der Raumordnung & Konformitätsbewertung
	<p>c) den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und d) hochwasserangepasst ausgeführt wird oder 2. die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können." (§78 Abs. 5 WHG). Abhängig von der jeweiligen Schutzgebietsverordnung kann "Bei der Festsetzung nach § 76 Absatz 2 [...] die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen auch allgemein zugelassen werden, wenn sie [...] ihrer Bauart nach so beschaffen sind, dass die Einhaltung der Voraussetzungen des Absatzes 5 Satz 1 Nummer 1 gewährleistet ist." (§ 78 Abs. 6 WHG). Da das Vorhaben als erdverlegte Leitung den Anforderungen des §78 Abs. 5 Satz 1 WHG entspricht, ist es mit dem zuvor benannten Grundsatz des Raumordnungsplans konform.</p>
II.2.3 (Z)	<p>"In Überschwemmungsgebieten nach § 76 Absatz 1 WHG dürfen folgende Infrastrukturen und Anlagen, sofern sie raumbedeutsam sind, weder geplant noch zugelassen werden, es sei denn, sie können nach § 78 Absatz 5, 6 oder 7 oder § 78a Absatz 2 WHG zugelassen werden: 1. Kritische Infrastrukturen mit länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung; dies sind insbesondere Infrastrukturen des Kernnetzes der europäischen Verkehrsinfrastruktur außer Häfen und Wasserstraßen sowie die Projects of Common Interest der europäischen Energieinfrastruktur in der jeweils geltenden Fassung der Unionsliste der Vorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung, 2. weitere Kritische Infrastrukturen, soweit sie von der BSI-Kritisverordnung erfasst sind, 3. Anlagen oder Betriebsbereiche, die unter die Industrieemissionsrichtlinie oder die SEVESO-III-Richtlinie fallen. Satz 1 gilt nicht für die Fachplanung nach § 5 NABEG; die Anwendbarkeit von Satz 1 sowie der §§ 78, 78a WHG auf die Zulassung von Vorhaben nach §§ 18 ff. NABEG bleibt unberührt."</p> <p>Das Vorhaben stellt ein Project of Common Interest der europäischen Energieinfrastruktur (vgl. Anhang VII B 2.31 DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2022/564 DER KOMMISSION vom 19. November 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse) sowie eine kritische Infrastruktur im Sinne der BSI-Kritisverordnung dar (vgl. § 2 Abs. 6 Nr. 1 BSI-KritisV i. V. m. Anhang 1 Teil 1 Nr. 2.3 BSI-KritisV). Es wird im einem Zulassungsverfahren nach §§18 ff. NABEG beantragt. Wie zuvor dargelegt entspricht das Vorhaben als erdverlegte Leitung den Anforderungen des § 78 Abs. 5 Satz 1 WHG an eine abweichende Genehmigung innerhalb von Überschwemmungsgebieten und ist daher mit dem zuvor benannten Ziel des Raumordnungsplans konform.</p>
II.3 (G)	<p>"In Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten nach § 78b WHG sollen folgende Infrastrukturen und Anlagen, sofern sie raumbedeutsam sind, weder geplant noch zugelassen werden, es sei denn, sie erfüllen die Voraussetzungen des § 78b Absatz 1 Satz 2 WHG: 1. Kritische Infrastrukturen mit länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung; dies sind insbesondere Infrastrukturen des Kernnetzes der europäischen Verkehrsinfrastruktur außer Häfen und Wasserstraßen sowie die Projects of Common Interest der europäischen Energieinfrastruktur in der jeweils geltenden Fassung der Unionsliste der Vorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung, 2. weitere Kritische Infrastrukturen, soweit sie von der BSI-Kritisverordnung erfasst sind, 3. bauliche Anlagen, die ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern. Satz 1 gilt nicht für die Fachplanung nach § 5 NABEG; die Anwendbarkeit von Satz 1 sowie von § 78b WHG auf die Zulassung von Vorhaben nach §§ 18 ff. NABEG bleibt unberührt."</p> <p>Von SL209_0+200 bis SL230_0+400 befindet sich das Vorhaben nahezu durchgehend innerhalb eines HQ 100. Von SL207_0+500 bis SL231_0+400 befindet sich das Vorhaben zudem nahezu durchgehend innerhalb eines HQ extrem (vgl. LANUV 2023). Die gequerten Hochwassergefahrenflächen befinden sich zu großen Teilen außerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebiete. Als erdverlegte Leitung ist das Vorhaben durch seine Bauweise an das Hochwasserrisiko angepasst und erfüllt somit die Voraussetzungen des § 78b Abs. 1 S. 2 Nr. 2 WHG. (Konformität gegeben)</p>
III. Schutz vor Meeresüberflutungen	

Ziel/Grundsatz Nr.	Erfordernis der Raumordnung & Konformitätsbewertung
III.1 (Z)	<i>"Der Raum, der für eine aus wasserwirtschaftlicher Sicht später notwendig werdende, rechtlich mögliche Verstärkung von technischen Anlagen zum Schutz vor Meeresüberflutungen erforderlich sein wird, ist binnenseitig von entgegenstehenden Nutzungen und Funktionen freizuhalten."</i>
	Das Vorhaben steht einer späteren Verstärkung technischer Anlagen zum Schutz vor Meeresüberflutungen nicht entgegen. (Konformität gegeben)
III.2 (Z)	<i>"Seewärts der Schutzanlagen gelegenes Vorland ist von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten, soweit es Teil des geltenden wasserwirtschaftlichen Überflutungsschutzkonzeptes ist."</i>
	Durch das Vorhaben werden keine Bereiche seewärts der Schutzanlagen in Anspruch genommen. (Konformität gegeben)
III.3 (G)	<i>"Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Schutz vor Meeresüberflutungen nicht nur unerheblich beeinträchtigen, sollen weder geplant noch zugelassen werden. Zweite Deichlinien, die Teil des geltenden wasserwirtschaftlichen Konzeptes zum Schutz von Meeresüberflutungen sind, sollen erhalten und, soweit dies gemäß § 7 Absatz 4 ROG möglich ist, räumlich gesichert werden. Neues Vorland für den Schutz vor Meeresüberflutungen soll dort geplant und räumlich gesichert werden, wo dies aus wasserwirtschaftlicher Sicht sinnvoll und naturverträglich möglich ist. Soweit hochwasserbedingte Rückstaueffekte zur Beeinträchtigung der Binnenentwässerung führen können und es aus wasserwirtschaftlicher Sicht geboten ist, sollen Speicherflächen im Binnenland für den Rückstau angelegt sowie räumlich gesichert werden."</i>
	Das Vorhaben steht keinen Planungen und Maßnahmen zum Schutz vor Meeresüberflutungen entgegen. (Konformität gegeben)
III.4 (G)	<i>"Siedlungen sollen nur in ausreichend geschützten Küstengebieten weiterentwickelt werden. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn die Weiterentwicklung von Siedlungen den Schutz vor Meeresüberflutungen nicht beeinträchtigt, und wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses die Weiterentwicklung notwendig machen; in diesem Fall soll für die baulichen Anlagen eine Bauweise gewählt werden, die der für den jeweiligen Standort im Überflutungsfall prognostizierten Wassertiefe und hydrodynamischen Belastung angepasst ist."</i>
	Der Grundsatz ist für das Vorhaben nicht betrachtungsrelevant, da er sich an einen anderen Adressatenkreis richtet und sich daher keine Handlungs- oder Unterlassungspflichten an den Vorhabenträger oder die Bundesnetzagentur ergeben. (Konformität gegeben)
III.5 (G)	<p><i>"Die in Satz 3 genannten Infrastrukturen und Anlagen sollen, sofern sie raumbedeutsam sind, sowohl in ausreichend geschützten als auch in nicht ausreichend geschützten Küstengebieten nur geplant und zugelassen werden, wenn</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <i>1. ernsthaft in Betracht kommende Standort- oder Trassenalternativen, die weniger überflutungsgefährdet sind, fehlen, oder</i> <i>2. eine Überflutung bei der konkreten Infrastruktur oder Anlage kein spezifisches Risiko auslöst.</i> <p><i>Für die in Satz 1 genannten Infrastrukturen und Anlagen, die nicht Satz 1 Nummer 2 unterfallen, gilt für den Fall, dass sie in einem nicht ausreichend geschützten Küstengebiet geplant oder zugelassen werden sollen, zudem, dass eine Bauweise gewählt werden soll, die der für den jeweiligen Standort im Überflutungsfall prognostizierten Wassertiefe und hydrodynamischen Belastung angepasst ist.</i></p> <p><i>Satz 1 gilt für die folgenden Infrastrukturen:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <i>1. Kritische Infrastrukturen mit länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung; dies sind insbesondere Infrastrukturen des Kernnetzes der europäischen Verkehrsinfrastruktur außer Häfen und Wasserstraßen sowie die Projects of Common Interest der europäischen Energieinfrastruktur in der jeweils geltenden Fassung der Unionsliste der Vorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung,</i> <i>2. weitere Kritische Infrastrukturen, soweit sie von der BSI-Kritisverordnung erfasst sind,</i> <i>3. bauliche Anlagen, die ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern."</i>

Ziel/Grundsatz Nr.	Erfordernis der Raumordnung & Konformitätsbewertung
	Das Vorhaben befindet sich außerhalb von Küstengebieten. (Konformität gegeben)

Wie in Tab. 2-2 dargelegt und in Plananlage G1.2 dargestellt, ist das Vorhaben mit den Zielen und Grundsätzen des Länderübergreifenden Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz vom 19.08.2021 konform.

2.4.2 Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 2019 vom 06.08.2019

Der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 2019 wurde in den Unterlagen zur Bundesfachplanung nach § 8 NABEG geprüft. Die dortige Prüfung und deren Bewertungen (einschließlich der angenommenen raumbedeutsamen Auswirkungen und vorgesehenen Maßnahmen zu Erreichung der Konformität) haben auch unter Berücksichtigung der Feintrassierung und der vorangeschrittenen Planung Bestand.

Das Vorhaben quert die nachfolgend aufgeführten, in den Bundesfachplanungsunterlagen mit einem mittleren, hohen oder sehr hohen Konfliktpotenzial gekennzeichneten Erfordernisse der Raumordnung aus dem Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 2019. Diese werden in Plananlage G1.3 dargestellt. Konkretisierend zu den Bundesfachplanungsunterlagen wird für die betroffenen Erfordernisse der Raumordnung eine aktualisierte Aussage zur Konformitätsbewertung unter Berücksichtigung der Feintrassierung und konkreter Maßnahmen getroffen.

Tab. 2-3: Konformitätsbewertung zu den zeichnerisch dargestellten Erfordernissen der Raumordnung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen 2019

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konfliktpotenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
SL209_0+400 - SL209_0+500	VR Hochwasserschutz (LEP NRW 2019)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Im Falle eines Hochwasserereignisses sind keine raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf die einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen zu erwarten. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.
SL209_0+880 - SL211_0+540	VR Hochwasserschutz (LEP NRW 2019)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln.

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konflikt-potenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
			Im Falle eines Hochwasserereignisses sind keine raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf die einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen zu erwarten. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.
SL217_0+400 - SL218_0+010	VR Natur und Landschaft (LEP NRW 2019)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL221_0+500 - SL223_0+390	VR Hochwasserschutz (LEP NRW 2019)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Im Falle eines Hochwasserereignisses sind keine raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf die einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen zu erwarten. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.
SL221_0+510 - SL222_0+600	VR Natur und Landschaft (LEP NRW 2019)	Mittel	Das Vorranggebiet Natur und Landschaft wird ausschließlich in Offenlandbereichen gequert. Durch die gleichartige Wiederherstellung der Funktion und Struktur der ausschließlich bauzeitlich betroffenen Offenlandbiotope wird die Konformität erreicht.
SL223_0+100 - SL223_0+200	VR Natur und Landschaft (LEP NRW 2019)	Mittel	Das Vorranggebiet Natur und Landschaft wird ausschließlich in Offenlandbereichen gequert. Durch die gleichartige Wiederherstellung der Funktion und Struktur der ausschließlich bauzeitlich betroffenen Offenlandbiotope wird die Konformität erreicht.
SL225_0+830 - SL228_0+340	VR Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz (LEP NRW 2019)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.
SL228_0+400 - SL228_0+670	VR Natur und Landschaft (LEP NRW 2019)	Mittel	Das Vorranggebiet Natur und Landschaft wird ausschließlich in Offenlandbereichen gequert. Durch die gleichartige Wiederherstellung der Funktion und Struktur der ausschließlich bauzeitlich betroffenen Offenlandbiotope wird die Konformität erreicht.

**Die Stationierung bezieht sich auf die konkrete Überlagerung der temporären Inanspruchnahmen und des Schutzstreifens mit den aufgeführten Ausweisungen. In Plananlage G1.3 wird aufgrund des Maßstabs von 1:50.000 lediglich die Trassenachse dargestellt.*

Die Ziele des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen 2019 haben für das Vorhaben eine Bindungswirkung (§ 5 Abs. 2 NABEG). Aus der Darstellung und Bewertungen innerhalb der Tab. 2-3 ergibt sich, dass das Vorhaben unter Berücksichtigung seiner konkreten Lage, Bauweise und der festgelegten Maßnahmen mit den gemäß § 5 Abs. 2 NABEG verbindlichen Zielen wie auch mit den Grundsätzen des Landesentwicklungsplans 2019 vereinbar ist.

2.4.3 Regionalpläne

Das Vorhaben quert die nachfolgend aufgeführten, in den Bundesfachplanungsunterlagen mit einem mittleren, hohen oder sehr hohen Konfliktpotenzial gekennzeichneten Erfordernisse

der Raumordnung aus den in Kapitel 2.1 genannten Regionalen Raumordnungsplänen. Diese werden in Plananlage G1.4 dargestellt. Konkretisierend zu den Bundesfachplanungsunterlagen wird für die betroffenen Erfordernisse der Raumordnung eine aktualisierte Aussage zur Konformitätsbewertung unter Berücksichtigung der Feintrassierung und konkreter Maßnahmen getroffen.

Dabei handelt es sich um die folgenden Erfordernisse der Raumordnung:

- Vorranggebiet Forstwirtschaft,
- Vorranggebiet Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz
- Vorranggebiet Oberflächengewässer
- Vorranggebiet Hochwasserschutz
- Vorranggebiet Natur und Landschaft

Die in den jeweiligen Regionalplänen tlw. abweichenden Bezeichnungen werden wie in der Unterlage zu § 19 den entsprechenden vorgenannten Kategorien zugeordnet, z. B. Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz (vgl. RP Ruhr 2022), Grundwasserschutz und Gewässerschutz (vgl. RP Düsseldorf 2018) = Vorranggebiet Trinkwassergewinnung.

Für die weiteren durch das Vorhaben betroffenen Erfordernisse der Raumordnung ist die Konformität, wie in der Unterlage 2 (Raumverträglichkeitsstudie) zur Bundesfachplanung nach § 8 NABEG dargelegt und in der Bundesfachplanungsentscheidung nach § 12 zu den Abschnitten A und B durch die Bundesnetzagentur festgestellt, gegeben und bedarf keiner Konkretisierung.

Tab. 2-4: Konformitätsbewertung zu den betroffenen Erfordernissen der Regionalplanung

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konfliktpotenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
SL205_0+100 - SL205_0+400	VR Forstwirtschaft (GEP 99)	Hoch	Das Vorranggebiet Forstwirtschaft überlagert sich kleinflächig, randlich mit dem Arbeits- und Schutzstreifen im Bereich einer Ackerfläche, die an bewaldete Flächen angrenzt. Durch die temporär in Anspruch genommenen Flächen und den Schutzstreifen ergeben sich daher keine Auswirkungen auf bestehende Waldflächen. Lediglich der dauerhaft von Gehölzen freizuhaltende Streifen steht einer zukünftigen forstwirtschaftlichen Nutzung der betroffenen Ackerflächen innerhalb des Gebiets entgegen. Aufgrund der geringen Fläche, die das Vorhaben in diesem Bereich in Anspruch nimmt und der randlichen Betroffenheit, stellt dies keinen raumbedeutsamen Konflikt zu dem benannten Ziel der Raumordnung dar. Durch eine optimierte Trassenführung werden Auswirkungen auf das Vorranggebiet Forstwirtschaft soweit wie möglich vermieden. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird daher erreicht.
SL205_0+980 - SL205_1+000	VR Forstwirtschaft (GEP 99)	Hoch	Das Vorranggebiet Forstwirtschaft überlagert sich kleinflächig, randlich mit dem Arbeits- und Schutzstreifen im Bereich einer Ackerfläche, die an bewaldete Flächen angrenzt. Durch die temporär in Anspruch genommenen Flächen und den Schutzstreifen ergeben sich daher keine Auswirkungen auf bestehende Waldflächen. Lediglich der dauerhaft von Gehölzen freizuhaltende Streifen steht einer zukünftigen forstwirtschaftlichen Nutzung der betroffenen Ackerflächen innerhalb des Gebiets entgegen. Aufgrund

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konflikt-potenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
			der geringen Fläche, die das Vorhaben in diesem Bereich in Anspruch nimmt und der randlichen Betroffenheit, stellt dies keinen raumbedeutsamen Konflikt zu dem benannten Ziel der Raumordnung dar. Durch eine optimierte Trassenführung werden Auswirkungen auf das Vorranggebiet Forstwirtschaft soweit wie möglich vermieden. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird daher erreicht.
SL206_0+610 - SL208_0+950	VR Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz (GEP 99)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.
SL209_0+280 - SL209_0+380	VR Oberflächengewässer (GEP 99)	Mittel	Wie in Unterlage F1.1 beschrieben, werden bau- und anlagebedingte Auswirkungen des Vorhabens auf das Oberflächengewässer soweit wie möglich vermieden. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird daher erreicht.
SL209_0+500 - SL209_0+510	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL209_0+870 - SL209_1+040	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Im Falle eines Hochwasserereignisses sind keine raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf die einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen zu erwarten. Eine Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird erreicht.
SL209_1+040 - SL210_0+650	VR Hochwasserschutz (GEP 99)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Im Falle eines Hochwasserereignisses sind keine raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf die einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen zu erwarten. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.
SL210_0+200 - SL210_0+320	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konflikt-potenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
			tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird erreicht.
SL210_0+860 - SL211_0+010	VR Oberflächengewässer (GEP 99)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL210_0+860 - SL211_0+050	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL210_0+860 - SL211_0+140	VR Hochwasserschutz (GEP 99)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.
SL210_1+000 - SL212_0+800	VR Trinkwassergewinnung (RP Ruhr 2022)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung erreicht.
SL210_1+000 - SL212_0+800	VR Trinkwassergewinnung (GEP 99)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.
SL211_0+250 - SL211_0+430	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird erreicht.
SL211_0+780 - SL211_0+790	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauaus-

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konflikt-potenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
			führung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird erreicht.
SL212_0+170 - SL212_0+180	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird erreicht.
SL212_0+500 - SL212_0+590	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird erreicht.
SL213_0+900 - SL214_0+530	VR Trinkwassergewinnung (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.
SL214_0+510 - SL215_0+310	VR Forstwirtschaft (RP Düsseldorf 2018)	Hoch	Das Vorranggebiet Forstwirtschaft überlagert sich überwiegend randlich mit dem Arbeits- und Schutzstreifen des Vorhabens. Innerhalb des Vorranggebiets sind vorwiegend Ackerflächen betroffen, die an bewaldete Flächen angrenzen. Waldflächen sind lediglich kleinräumig betroffen und werden mit eingegengtem Arbeitsstreifen gequert. Aufgrund der optimierten Trassenführung, der Einengung des Arbeitsstreifens und der lediglich kleinräumig und randlich betroffenen Waldflächen innerhalb des Vorranggebiets werden Auswirkungen auf das Vorranggebiet Forstwirtschaft soweit wie möglich vermieden. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird daher erreicht.
SL215_0+580 - SL215_0+660	VR Hochwasserschutz (RP	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konflikt-potenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
	Düsseldorf 2018)		betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.
SL216_0+440 - SL216_0+590	VR Hochwasserschutz (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauausführung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.
SL217_0+350 - SL217_0+500	VR Natur und Landschaft (GEP 99)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL217_0+350 - SL217_0+500	VR Natur und Landschaft (RP Ruhr 2022)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL217_0+400 - SL217_0+500	VR Oberflächengewässer (RP Ruhr 2022)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL217_0+500 - SL218_0+080	VR Natur und Landschaft (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen unterquert. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird dadurch erreicht.
SL221_0+530 - SL222_0+600	VR Natur und Landschaft (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Das Vorranggebiet Natur und Landschaft wird ausschließlich in Offenlandbereichen gequert. Durch die gleichartige Wiederherstellung der Funktion und Struktur der ausschließlich bauzeitlich betroffenen Offenlandbiotope wird die Konformität erreicht.
SL222_0+770 - SL223_0+100	VR Oberflächengewässer (RP Ruhr 2022)	Mittel	Wie in Unterlage F1.1 beschrieben, werden bau- und anlagebedingte Auswirkungen des Vorhabens auf das Oberflächengewässer soweit wie möglich vermieden. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird daher erreicht.
SL222_0+770 - SL223_0+390	VR Hochwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Bei dem Vorhaben handelt es sich um unterirdisch verlegte Kabel, die nach dem Stand der Technik errichtet werden und anlage- und betriebsbedingt keine Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder die Höhe des Wasserstandes haben. Während der Bauaus-

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konflikt-potenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
			führung wird die Bauplanung und Organisation des Baubetriebes innerhalb des Vorranggebiets mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Hierbei kann es sich z. B. während der Bauzeit um die tägliche Abfrage der Hochwasserstände an weiter oberhalb liegenden Pegeln und bei Überflutungsgefahr um die Entfernung der Baumaschinen, Baustoffe etc. aus dem Überschwemmungsgebiet handeln. Die Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung wird erreicht.
SL223_0+050 - SL223_0+150	VR Natur und Landschaft (RP Ruhr 2022)	Mittel	Das Vorranggebiet Natur und Landschaft wird ausschließlich in Offenlandbereichen und Oberflächengewässern gequert. Durch die gleichartige Wiederherstellung der Funktion und Struktur der ausschließlich bauzeitlich betroffenen Offenlandbiotope & des Oberflächengewässers wird die Konformität erreicht.
SL223_0+050 - SL223_0+150	VR Natur und Landschaft (GEP 99)	Mittel	Das Vorranggebiet Natur und Landschaft wird ausschließlich in Offenlandbereichen und Oberflächengewässern gequert. Durch die gleichartige Wiederherstellung der Funktion und Struktur der ausschließlich bauzeitlich betroffenen Offenlandbiotope & des Oberflächengewässers wird die Konformität erreicht.
SL223_0+100 - SL226_0+000	VR Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz (RP Ruhr 2022)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem sonstigen Erfordernis der Raumordnung erreicht.
SL223_0+360 - SL223_0+500	VR Forstwirtschaft (GEP 99)	Hoch	Das Vorranggebiet Forstwirtschaft überlagert sich randlich mit einer Lagerfläche des Vorhabens im Bereich einer Ackerfläche, die an eine bewaldete Fläche angrenzt. Da sich durch die temporäre Inanspruchnahme der Ackerfläche keine Auswirkungen auf das Vorranggebiet ergeben wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.
SL223_0+550 - SL226_0+000	VR Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz (GEP 99)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.
SL226_0+000 - SL226_0+500	VR Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.
SL228_0+280 - SL228_0+800	VR Natur und Landschaft (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Das Vorranggebiet Natur und Landschaft wird ausschließlich in Offenlandbereichen gequert. Durch die gleichartige Wiederherstellung der Funktion und Struktur der ausschließlich bauzeitlich betroffenen Offenlandbiotope wird die Konformität erreicht.
SL235_0+540 - SL235_0+560	VR Forstwirtschaft (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Das Vorranggebiet wird geschlossen gequert. Eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung wird erreicht.

Stationierung*	Erfordernis der RO	Konflikt-potenzial	Aussage zur Konformität in der Planfeststellung
SL235_1+000 - SL236_0+990	VR Trinkwassergewinnung und Grundwasserschutz (RP Düsseldorf 2018)	Mittel	Unter Anwendung der in Unterlage F1.1 benannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zum Schutzgut Grundwasser, die in den Maßnahmenblättern zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Unterlage F4.3) detailliert beschrieben sind, wird eine Konformität mit dem Ziel der Raumordnung erreicht.

**Die Stationierung bezieht sich auf die konkrete Überlagerung der temporären Inanspruchnahmen und des Schutzstreifens mit den aufgeführten Ausweisungen. In Plananlage G1.4 wird aufgrund des Maßstabs von 1:50.000 lediglich die Trassenachse dargestellt.*

Die Ziele der Raumordnung des Regionalplans Düsseldorf vom 13.04.2018 und der 1. Änderung des RP Düsseldorf 2018 – in Kraft getreten am 26.11.2020 haben für das Vorhaben eine Bindungswirkung. Die Ziele der Raumordnung aus den weiteren Regionalplänen bzw. Entwürfen von Regionalplänen sind hingegen ohne Bindungswirkung für das Vorhaben, aber in der Abwägung zu berücksichtigen (§ 5 Abs. 2 NABEG). Eine Konformität des räumlich konkretisierten Vorhabens mit den benannten Zielen der Raumordnung wird, wie in Tab. 2-4 beschrieben, unter Anwendung von Maßnahmen erreicht.

2.4.4 Zu berücksichtigende Ergebnisse landesplanerischer Verfahren

Innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Regionalverbands Ruhr, der sich für den Bereich des Untersuchungsraums des Abschnitts NRW2 auf den Kreis Wesel beschränkt, bestehen keine abgeschlossenen Raumordnungsverfahren, die sich mit dem Vorhaben räumlich überlagern (vgl. RVR 2023). Für den Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Düsseldorf liegen ebenfalls keine abgeschlossenen Raumordnungsverfahren vor (vgl. Bezirksregierung Düsseldorf 2023).

Da das Vorhaben keine landesplanerischen Verfahren berührt, bestehen keine Konflikte zu den Ergebnissen landesplanerischer Verfahren.

2.5 Abschließende Beurteilung/Fazit

Im Hinblick auf die Erfordernisse der Raumordnung ist für das Vorhaben festzustellen, dass

- für alle Gebiete, die mit verbindlichen Zielen der Raumordnung belegt sind und die gequert werden, eine Konformität festgestellt werden kann,
- Maßnahmen, die zur Herstellung einer Konformität mit verbindlichen Zielen der Raumordnung erforderlich sind, festgelegt wurden,
- alle Gebiete, die mit Zielen der Raumordnung ohne Bindungswirkung belegt sind und die gequert werden, eine Konformität festgestellt werden kann und
- Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen für Ziele ohne Bindungswirkung und Grundsätze der Raumordnung - sofern erforderlich - zur Erreichung der Raumverträglichkeit festgelegt wurden.

Die Maßgaben der Bundesfachplanungsentscheidung werden daher im Hinblick auf die Erfordernisse der Raumordnung - nach Prüfung und Konkretisierung von Maßnahmen - im Planfeststellungsverfahren umgesetzt.

3 Sonstige öffentliche und private Belange

3.1 Belange der kommunalen Planungshoheit

Die kommunale Planungshoheit (vgl. Art. 28 Abs. 2 S. 1 Grundgesetz (GG)) stellt einen der sonstigen öffentlichen Belange i.S.v. § 18 Abs. 4 S.1 NABEG dar.

Im Rahmen der kommunalen Planungshoheit werden von den Gemeinden, als kommunale Selbstverwaltungskörperschaften, Bauleitpläne in eigener Verantwortung aufgestellt (vgl. Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG, § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)), sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist (vgl. § 1 Abs. 3 BauGB). "Aufgabe der Bauleitplanung ist es, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde nach Maßgabe dieses Gesetzbuchs vorzubereiten und zu leiten." (§ 1 Abs. 1 BauGB). Die Auswirkungen des Vorhabens auf die vorbereitende Bauleitplanung (Flächennutzungspläne) und die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungspläne) der betroffenen Gemeinden sind daher Gegenstand der nachfolgenden Betrachtung.

Der Flächennutzungsplan stellt die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen für das gesamte Gemeindegebiet dar (vgl. § 5 Abs. 1 S. 1 BauGB). Der Bebauungsplan enthält die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung und ist aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln (vgl. § 8 Abs. 1 u. 2 BauGB).

Darüber hinaus ordnet § 18 Abs. 4 S. 7 NABEG nochmals explizit an, dass städtebauliche Belange zu berücksichtigen sind. Zu den danach relevanten städtebaulichen Belangen gehören insbesondere folgende Bereiche (vgl. Untersuchungsrahmen, S. 27f):

- Die Regelungszusammenhänge der §§ 30, 34, 35 BauGB,
- sonstige Satzungen nach BauGB,
- sonstige städtebauliche Planungen sowie
- der Entzug einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung von wesentlichen Teilen des Gemeindegebietes durch das Vorhaben und
- die erhebliche Beeinträchtigung von kommunalen Einrichtungen durch das Vorhaben.

Im Rahmen der Unterlagen zur Bundesfachplanung nach § 8 NABEG wurde für den gegenständlichen Bundesfachplanungskorridor geprüft, ob auf der Ebene der Bundesfachplanung erkennbar war, dass als Folge der Querung einer Kommune durch die betreffende Leitung wesentliche Teile des Gemeindegebiets hinsichtlich einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung beeinträchtigt werden, eine hinreichend bestimmte gemeindliche Planung nachhaltig eingeschränkt wird oder erhebliche Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit kommunaler Einrichtungen zu erwarten sind.

Zu diesem Zweck wurden in der Unterlage 7 "Sonstige öffentliche und private Belange" zur Bundesfachplanung nach § 8 NABEG die vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanungen der jeweiligen Städte und Gemeinden im Trassenkorridor zuzüglich eines beidseits 100 m darüberhinausgehenden Untersuchungsraums (ges. 1.200 m) geprüft und im Bereich von

Engstellen und Riegeln mit der potenziellen Trassenachse ausgewertet sowie in Textkarten dargestellt.

Bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen im Nachgang der Bundesfachplanungsentscheidung nach § 12 NABEG für Abschnitt D vom 31.05.2021, hat das Vorhaben innerhalb des Planfeststellungsabschnitts NRW2 grundsätzlich Vorrang (vgl. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG).

In der vorliegenden Unterlage wird die Bauleitplanung als öffentlicher Belang im Hinblick auf eine langfristige Einschränkung der baulichen Entwicklung, der Eingriffe in die kommunale Planungshoheit sowie weiterer städtebauliche Aspekte beurteilt. Hierbei werden alle Belange der kommunalen Planungshoheit betrachtet, die direkt durch die Vorhabenbestandteile betroffen sind (z. B. durch Schutzstreifen oder Arbeitsflächen). Auswirkungen des Vorhabens auf die Wohn-, Wohnumfeld-, Freizeit- und Erholungsfunktion werden im Hinblick auf die Ausweisungen der kommunalen Bauleitplanung sowie zusätzlich auch für nicht bauleitplanerisch ausgewiesene Flächen im Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit, in der Unterlage F1.1 (UVP-Bericht) behandelt.

3.1.1 Erläuterung der Datengrundlagen

Als Datengrundlage dienen Bauleitpläne (Flächennutzungs- und Bebauungspläne) der durch das Vorhaben betroffenen Städte und Gemeinden, die in digitaler Form für den gesamten Korridor der Bundesfachplanung vorliegen. Diese wurden durch das Büro Freigang und Schumann flächendeckend abgefragt, digitalisiert und zum 24.08.2022 übermittelt.

Genehmigte oder geplante Bauvorhaben innerhalb des Bundesfachplanungskorridors wurden durch das Büro Freigang und Schumann ebenfalls flächendeckend bis zum 19.08.2022 abgefragt und digitalisiert.

3.1.2 Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung

In Tab. 3-1 sind alle söpB-relevanten bauleitplanerischen Darstellungen und Festsetzungen aufgeführt, die durch das Vorhaben betroffen sind und ein Konfliktpotenzial für das geplante Vorhaben aufweisen. Dabei handelt es sich um die folgenden Kategorien:

- Wohnbauflächen,
- Gemischte Bauflächen,
- Flächen für den Gemeinbedarf,
- Gewerbliche/Industrielle Bauflächen,
- Flächen für die Ver- und Entsorgung,
- Sondergebiete mit baulichen Anlagen,
- Grünflächen mit baulichen Anlagen und Friedhöfe,
- Flächen für Abgrabungen,
- Konzentrationszonen für die Windenergie.

Die in den Bebauungsplänen meist näher konkretisierten Festsetzungen werden den entsprechenden vorgenannten Kategorien zugeordnet, z. B. Reines Wohngebiet, Allgemeines Wohngebiet wie Wohnbaufläche = Wohnbauflächen.

Die söpB-relevanten bauleitplanerischen Darstellungen und Festsetzungen sind in Plananlage G1.5 abgebildet.

3.1.3 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Innerhalb des gegenständlichen Planfeststellungsabschnitts NRW2 sind die nachfolgend aufgelisteten Bauleitplanungen durch das Vorhaben betroffen.

Tab. 3-1: Betroffene söpB-relevante Darstellungen und Festlegungen der Bauleitplanung

Gemeinde/ Stadt	Bauleitplan	Nutzung	Status/ Stand	Betroffenheit	Stationierung*
Hammin- keln	FNP Ham- minkeln	Windenergie	rechtskräftig/ Juli 2021	Baustelleneinrichtungsflä- chen, Schutzstreifen und Zuwegung	SL208_1+020 - SL209_0+100
Rees	FNP Rees Ost	Windenergie	rechtskräftig/ Juli 2018	Baustelleneinrichtungsflä- chen, Schutzstreifen und Zuwegung	SL214_0+390- SL214_0+850
Rees	FNP Rees Ost	Windenergie	rechtskräftig/ Juli 2018	Schutzstreifen	SL216_0+310 - SL216_0+330

**Die Stationierung bezieht sich auf die konkrete Überlagerung der temporären Inanspruchnahmen und des Schutzstreifens mit den aufgeführten Ausweisungen. In Plananlage G1.5 wird aufgrund des Maßstabs von 1:25.000 lediglich die Trassenachse dargestellt.*

Das Vorhaben quert ausschließlich söpB-relevante Belange der Bauleitplanung aus den Flächennutzungsplänen der Städte Hamminkeln und Rees. Hierbei handelt es sich um drei Konzentrationszonen für die Windenergie, von denen eine (im Bereich der Stadt Rees) lediglich durch den Schutzstreifen berührt wird und zwei (im Bereich der Städte Hamminkeln und Rees) durch Baustelleneinrichtungsflächen, den Schutzstreifen und Zuwegungen berührt werden.

Es sind keine weiteren relevanten Darstellungen oder Festlegungen der Bauleitplanung bekannt, die sich mit dem Antragsgegenstand des Vorhabens im Planfeststellungsabschnitt NRW2 überlagern.

Eine Betroffenheit von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen nach § 34 BauGB und von bestehenden Einzelbebauungen nach § 35 BauGB kann für das Vorhaben ausgeschlossen werden. Es ist keine Betroffenheit sonstiger Satzungen nach BauGB, städtebaulicher Planungen oder kommunaler Einrichtungen erkennbar.

Das Vorhaben führt zu keinem Entzug einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung von wesentlichen Teilen der zu querenden Gemeindegebiete.

Für die betroffenen Belange der kommunalen Planungshoheit wird nachfolgend eine Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen vorgenommen.

3.1.4 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Durch die temporär in Anspruch genommenen Baustelleneinrichtungsflächen sind keine Auswirkungen auf die Bauleitplanung und die kommunale Planungshoheit zu erwarten.

Langfristige Einschränkung der baulichen Entwicklung sind ausschließlich innerhalb des von Bebauung freizuhaltenden Schutzstreifens des Vorhabens zu erwarten, wenn sich dieser mit

den zuvor benannten söpB-relevanten bauleitplanerischen Darstellungen und Festsetzungen überlagert.

Dementsprechend sind für die in Tab. 3-1 aufgeführten bauleitplanerischen Darstellungen und Festsetzungen lediglich für die drei dargestellten Flächen für die Windenergienutzung des FNP Hamminkeln und des FNP Rees Ost kleinräumige Einschränkungen für die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des 26 m breiten Schutzstreifens zu erwarten. Unter Berücksichtigung der bestehenden Windenergieanlagen innerhalb der jeweiligen Konzentrationszonen, vorausgegangener Abstimmungen mit den jeweiligen Windparkbetreibern sowie unter Berücksichtigung des Abstandes von i. d. R. mindestens dem dreifachen ihres Rotordurchmessers, den Windenergieanlagen zueinander einhalten (Umweltbundesamt, 2013), ergeben sich durch das Vorhaben keine relevanten Einschränkungen für die Konzentrationszonen.

Die kleinräumigen Betroffenheiten einzelner Darstellungen der vorbereitenden Bauleitplanung (siehe Plananlage G1.5) stellen keinen relevanten Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar. Unter Berücksichtigung der konkretisierenden Bauleitplanung und der bestehenden Bebauung steht das Vorhaben in Einklang mit einer vollständigen Ausnutzung der dargestellten Flächen für die vom kommunalen Planungsträger vorgesehene Nutzung.

3.1.5 Prüfung und Festlegung von Maßnahmen zu Vermeidung/Minderung von Beeinträchtigungen/Konflikten

Es sind keine Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung von Beeinträchtigungen von Konflikten erforderlich.

3.1.6 Abschließende Beurteilung/Fazit

Es entstehen lediglich geringfügige Betroffenheiten der Darstellungen der vorbereitenden Bauleitplanung durch das Vorhaben. Unter Berücksichtigung der konkretisierenden Bauleitplanung und der bestehenden Bebauung steht das Vorhaben in Einklang mit einer vollständigen Ausnutzung der dargestellten Flächen für die vom kommunalen Planungsträger vorgesehene Nutzung.

Das Vorhaben führt zu keiner Beeinträchtigung der kommunalen Planungshoheit der betroffenen Gemeinden.

3.2 Belange der Landwirtschaft

Bei der Erstellung der Unterlagen nach § 21 NABEG sind die Belange der Landwirtschaft zu identifizieren, ihre Betroffenheit durch das Vorhaben darzulegen und zu beurteilen. Auch sie zählen zu den sonstigen öffentlichen Belange i.S.v. § 18 Abs. 4 S.1 NABEG.

Der Untersuchungsrahmen nach § 20 NABEG (dort S. 29) gibt dabei folgende Hinweise, die zu berücksichtigen sind: Vertieft sind die regionale Agrarstruktur sowie die Betroffenheit der landwirtschaftlichen Flächen, insbesondere der Sonderkulturen, zu untersuchen. Dies betrifft Art und Umfang der Auswirkungen auf die Agrarstruktur sowie Art und Umfang von möglichen Beeinträchtigungen durch Baumaßnahmen und Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlich

bewirtschafteter Flächen. Ebenfalls sind Maßnahmen zur Vermeidung und Reduzierung der Betroffenheiten sowie Maßnahmen zur Rekultivierung der beanspruchten Flächen darzulegen. Um den Anforderungen des Untersuchungsrahmens gerecht zu werden erfolgt die Betrachtung der Belange der Landwirtschaft in einem Untersuchungsraum von 600 m Breite.

Des Weiteren sind nach Absprache mit der BNetzA insbesondere Landwirtschaftliche Sonderkulturen zu berücksichtigen. Hierbei sind Querbezüge zu anderen Antragsunterlagen herzustellen wie z. B. die Berechnung über Wärmeausbreitung (Unterlage E5) und das Bodenschutzkonzept (Unterlage J3). Generell sind sowohl bauzeitliche temporäre als auch dauerhafte Auswirkungen auf die betroffenen landwirtschaftlichen Flächen zu unterscheiden.

Anhand der in Unterlage A2 (Erläuterungsbericht) beschriebene Bauweise bei der Querung von Entwässerungsgräben ist festzustellen, dass die Funktion der Entwässerungsgräben auch während der Baumaßnahmen aufrechterhalten werden kann.

Die Querung von Flächen mit Drainagen und die Wiederherstellung von Drainagen während und nach der Bauphase werden in Unterlage A2 (Erläuterungsbericht) beschrieben.

Entschädigungen für die Auswirkungen des Vorhabens auf die Belange der Landwirtschaft sind nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. Die durch das Vorhaben betroffenen Flurstücke sind im Rechtserwerbsverzeichnis (Unterlage D2) aufgelistet.

3.2.1 Erläuterung der Datengrundlagen

Als Datengrundlage für die Berücksichtigung agrarstruktureller Belange wird aufgrund seiner Detailtiefe und Aktualität der Biotoptypen-Bestand verwendet (siehe Unterlage J6). Der biotische Bestand liegt damit über eine Breite von mindestens 600 m (300 m beidseits der Baubedarfsfläche) vor. Eine Darstellung des gesamten Biotoptypen-Bestandes findet sich in der Plananlage F1.6, Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt - Teilschutzgut Pflanzen, Bestand und Empfindlichkeit.

3.2.2 Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung

Um die Vergleichbarkeit der Analysen und Auswertungen zwischen den Unterlagen zu gewährleisten, erfolgt die nachfolgende Darstellung und Einstufung der Biotoptypen nicht gemäß dem Biotopschlüssel der BKompV, sondern orientiert sich an der Bewertung, die dem UVP-Bericht (siehe Unterlage F1.1) zugrunde liegt.

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Flächen in ihrer Gesamtheit werden die Biotoptypen, die in Tab. 3-2 aufgeführt sind, betrachtet.

Tab. 3-2: Darstellung der betrachteten Biotoptypen

Nutzung	UVS Code	UVS Typ	Biotopschlüssel gemäß BKompV	Name gemäß Schlüssel BKompV
Ackerland	L1	Acker	33.02.04	Ackerbrache (Silikatverwitterungsboden)
	L1	Acker	33.03.04	Ackerbrache (Sandboden)
	L1	Acker	33.04a.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)

Nutzung	UVS Code	UVS Typ	Biotopschlüssel gemäß BKompV	Name gemäß Schlüssel BKompV
	L1	Acker	33.04a.04	Ackerbrache (Lehm- oder Tonboden)
Grünland	L2	Wirtschaftsgrünland mittlerer Standorte, Intensivgrünland	34.07b.01	Mäßig artenreiche, frische Mähwiese
	L2	Wirtschaftsgrünland mittlerer Standorte, Intensivgrünland	34.08.02	Frisches Ansaatgrünland
	L2	Wirtschaftsgrünland mittlerer Standorte, Intensivgrünland	34.08a.01	Intensiv genutztes, frisches Dauergrünland
	L3	Feuchtgrünland, Nassgrünland	35.02.03a.01	Sonstiges extensives Feucht- und Nassgrünland; Bewirtschaftet
	L10	Ruderalflur, Saum	39.03.02	Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft
Sondernutzung	L5	Streuobst	41.06.01J	Streuobstbestand auf Grünland; Mit jungem Baumbestand
	L5	Streuobst	41.06.01MA	Streuobstbestand auf Grünland; Mit mittlerem bis altem Baumbestand
	L8	Baumschule, Weihnachtsbaumkultur	41.07	Gehölzplantagen und Hopfenkulturen
Landwirtschaftliche Betriebe	S2	Landwirtschaftlicher Betrieb, Gärtnerei, Einzelgebäude im Außenbereich	53.01.05b	Öffentliche oder gewerbliche Hochhaus- und Großformbauten inkl. Typischen Freiräumen
	S2	Landwirtschaftlicher Betrieb, Gärtnerei, Einzelgebäude im Außenbereich	53.01.17a.02	Sonstiges Dorfgebiet inkl. Neubaugebiete
	S2	Landwirtschaftlicher Betrieb, Gärtnerei, Einzelgebäude im Außenbereich	53.01.18a.02	Sonstige Einzelgebäude/ -gehöfte

3.2.3 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Der Untersuchungsraum innerhalb der Kreise Wesel und Kleve wird klar durch den hohen Anteil an landwirtschaftlichen Flächen dominiert (siehe Plananlage G1.6). Diese machen zusammen ca. 81 % an der Gesamtfläche aus und verteilen sich großflächig und damit teilweise flächendeckend über die ganze Länge und Breite des Untersuchungsraumes. Größere Ausnahmen bilden nur die Waldflächen im Stadtgebiet von Rees sowie der Rhein.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Biotoptypen mit Angabe ihres Flächenanteils aufgelistet, die im Untersuchungsraum der Antragstrasse des Vorhabens vertreten sind (Gesamtfläche Untersuchungsraum = 100 %).

Tab. 3-3: Flächenanteile landwirtschaftlich geprägter Biotoptypen am Untersuchungsraum

Biotoptypen	Flächenanteil (%)
Acker	49,91
Wirtschaftsgrünland mittlerer Standorte, Intensivgrünland	25,50
Landwirtschaftlicher Betrieb, Gärtnerei, Einzelgebäude im Außenbereich	2,25
Feuchtgrünland, Nassgrünland	1,69
Streuobst	1,41
Baumschule, Weihnachtsbaumkultur	0,01

Biotoptypen	Flächenanteil (%)
Summe	80,76

Es wird deutlich, dass der Anteil an Ackerflächen mit ca. 50 % den Großteil an der gesamten Fläche des Untersuchungsraumes ausmacht. Des Weiteren weist der Untersuchungsraum einen hohen Anteil (ca. 25 %) Wirtschaftsgrünland mittlerer Standorte und Intensivgrünland auf. Derartige Flächen finden sich als große zusammenhängende Bereiche insbesondere nordwestlich von Loikum, südlich des Reeser Meer sowie östlich und westlich des Rhein. Landwirtschaftliche Betriebe, Gärtnereien und Einzelgebäude im Außenbereich verteilen sich kleinräumig auf ca. 2 % des Raumes. Feucht- und Nassgrünland sind ebenfalls selten und kleinflächiger im Untersuchungsraum vorhanden. Ihr Flächenanteil macht < 2 % aus. Streuobstwiesen sind selten und kleinräumig vorhanden. Sie verteilen sich im gesamten Untersuchungsraum auf > 1 % der Fläche. Lediglich nördlich von Lankern nahe der Kreisgrenze zu Borken findet sich die einzige Baumschule, deren Flächenanteil < 1% einnimmt.

Die nachfolgende Tabelle bietet für das Vorhaben einen Überblick über die Flächenanteile (%) der definierten Gruppen landwirtschaftlicher Nutzungen an den Baustelleneinrichtungsflächen des Vorhabens A-Nord. Innerhalb dieser Flächen erfolgen sowohl die baubedingte temporäre Inanspruchnahme als auch die dauerhafte Inanspruchnahme durch den Schutzstreifen. Die Daten sind sowohl dargestellt für die jeweiligen Gemeinden, als auch differenziert aufgeführt für die entsprechenden Biotoptypen.

Tab. 3-4: Flächenanteile und Betroffenheiten landwirtschaftlicher Nutzungen innerhalb der Baustelleneinrichtungsflächen

Gemeinde/ Stadt	Landwirtschaftliche Nutzung	Biotoptyp (UVS-Code)	Flächenanteil [%]	Summe der Flächenanteile [%]	Betroffenheit
Hammin- keln	Ackerland	L1	67,15	67,15	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
	Grünland	L2	32,85	32,85	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
Rees	Ackerland	L1	49,06	49,06	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen & Repeater- station
	Grünland	L2	44,82	50,94	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
		L3	6,12		Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
Xanten	Ackerland	L1	79,37	79,37	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
	Grünland	L2	20,52	20,52	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
	Sondernutzung	L5	0,10	0,10	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
Kalkar	Ackerland	L1	72,83	72,83	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
	Grünland	L2	26,93	26,93	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
	Sondernutzung	L5	0,23	0,23	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
Uedem	Ackerland	L1	95,06	95,06	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen

Gemeinde/ Stadt	Landwirtschaftliche Nutzung	Biotoptyp (UVS-Code)	Flächenanteil [%]	Summe der Flächenanteile [%]	Betroffenheit
	Grünland	L2	4,93	4,93	Temporäre Inanspruchnahme & Schutzstreifen
	Landwirtschaftliche Betriebe	S2	0,01	0,01	Außerhalb temporärer Inanspruchnahme und des Schutzstreifen

3.2.4 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Insgesamt ist festzustellen, dass der Untersuchungsraum des Vorhabens sehr stark durch landwirtschaftliche Flächen geprägt ist. Die Verschneidung mit den Baustelleneinrichtungsflächen hat ebenfalls gezeigt, dass der Anteil agrarstruktureller Flächen den Großteil ausmacht (siehe Tab. 3-4, siehe Plananlage G1.6).

Die Auswirkungen des Vorhabens auf die Landwirtschaft lassen sich generell in temporäre und dauerhafte Auswirkungen unterteilen. Temporäre Auswirkungen beinhalten die zeitweilige Inanspruchnahme durch Arbeitsflächen oder Zuwegungen während der Bauphase. Nach Abschluss der Baumaßnahme und der vollzogenen Wiederherrichtung ist eine landwirtschaftliche Nutzung der betroffenen Flächen ohne Einschränkung wieder möglich. Dauerhafte Wirkungen können jedoch im Einzelfall durch den gehölzfrei zu haltenden Schutzstreifen während des Betriebs der Anlage entstehen. Außerdem kommt es im Bereich der Repeaterstation kleinflächig zu einem dauerhaften Verlust landwirtschaftlich genutzter Fläche im Bereich der Stadt Rees.

Das Gutachten zur Berechnung über Wärmeausbreitung (Unterlage E5) zeigt, dass keine Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Flächen durch eine betriebsbedingt erhöhte Bodentemperatur zu erwarten sind. Mit dem detaillierten Bodenschutzkonzept (Unterlage J3) lassen sich zudem auch Änderungen des Wasserhaushaltes mit dauerhaften Auswirkungen verhindern bzw. minimieren. Innerhalb des Erläuterungsberichtes (Unterlage A2) ist der Umgang mit den Auswirkungen auf Flächen mit Drainagen sowie deren Wiederherstellung dargestellt.

Lediglich die dauerhafte Inanspruchnahme und damit der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen, wie z. B. von Sonderkulturen, wie Streuobstflächen oder Baumschulen innerhalb des von Bebauung und Gehölzen freizuhaltenden Schutzstreifens können oder durch oberirdische bauliche Anlagen können größere Auswirkungen nach sich ziehen. Die dauerhafte Schneisenbildung in den Gehölzbeständen oder gewisse Randbeeinträchtigungen bei randlichen Gehölzverlusten wären die Folge.

Wie die Darstellung in Tab. 3-4 zeigt, kann eine Betroffenheit von Flächen für Sondernutzungen und landwirtschaftliche Betriebe für die Vorhabenbestandteile des vorliegend betrachteten Abschnitts jedoch ausgeschlossen werden. Die landwirtschaftliche Fläche, die durch die Repeaterstation dauerhaft verloren geht, ist mit unter 500 m² sehr gering und zieht somit keine größeren Auswirkungen nach sich.

3.2.5 Prüfung und Festlegung von Maßnahmen zu Vermeidung/Minderung von Beeinträchtigungen/Konflikten

Neben den formulierten Maßnahmen im UVP-Bericht (siehe Unterlage F1.1, Teilschutzgut Pflanzen), wie beispielsweise Maßnahmen zum Schutz von hochwertigen Feucht- und Sonderstandorten, sind keine weiteren Ausführungen zur Vermeidung oder Minderung von Beeinträchtigungen erforderlich.

3.2.6 Abschließende Beurteilung/Fazit

Wie zuvor dargelegt, sind die betroffenen landwirtschaftlichen Flächen nach Ende der Bauphase mit Ausnahme der kleinflächigen Repeaterstation wieder uneingeschränkt nutzbar. Dauerhafte Wirkungen des Vorhabens auf die Landwirtschaft sind für den Planfeststellungsabschnitt NRW2 somit nur in sehr geringem Umfang zu erwarten. Sollten dennoch weitere Beeinträchtigungen landwirtschaftlich genutzter Flächen nach der Wiederherstellung verbleiben, sind diese anhand privatrechtlicher Entschädigungen auszugleichen (siehe Unterlage D2: "Rechtserwerbsverzeichnis").

3.3 Belange der Forstwirtschaft

Die vorhabenbedingt temporär und dauerhaft in Anspruch genommenen Waldflächen im Sinne des § 1 des Landesforstgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG) sind in Unterlage H6.1 (Forstrechtliche Belange) unter Angabe der in Anspruch genommenen Fläche und der betroffenen Flurstücke aufgelistet. Darüber hinaus sind Aspekte zur Verlegung der Erdkabelanlage in Waldbereichen im Erläuterungsbericht beschrieben (siehe Unterlage A2.1).

Die forstrechtliche Kompensation der Waldflächen, welche durch eine Waldumwandlung nach dem LFoG betroffen sind, wird in Unterlage F4.1 (Landschaftspflegerischer Begleitplan) und Unterlage F6.1 (Forstrechtliche Belange) dargelegt. Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme und ihrer Kompensation erfolgten Abstimmungen mit den jeweils örtlich zuständigen Forstbehörden.

Für Erstaufforstungen i. S. d. BWaldG mit einer Größe von 2 ha bis 20 ha Wald ist nach Anlage 1 Nr. 17.1 UVPG eine standortbezogene Vorprüfung erforderlich. Dies ist im vorliegenden Abschnitt nicht einschlägig.

3.4 Belange des Bergbaus und der Rohstoffsicherung

Im Folgenden wird das Vorhaben hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Belange des Bergbaus und der Rohstoffsicherung beschrieben.

3.4.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen die Erhebungen für den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG, das Basis-DLM, Stand 31.01.2023, sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.4.2 Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf die Belange des Bergbaus und der Rohstoffsicherung werden die in Tab. 3-5 aufgeführten Kriterien und Objektarten betrachtet.

Tab. 3-5: Auflistung der betrachteten Kriterien zu Belangen des Bergbaus und der Rohstoffsicherung

Kriterium	Objektart
Basis-DLM	AX_Bergbaubetrieb
	AX_Halde
	AX_TagebauGrube_Steinbruch
Regionalplan Ruhr	Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze

3.4.3 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Die Gebiete des Bergbaus und der Rohstoffsicherung im Umfeld der Antragstrasse sind in der Abb. 3-1 dargestellt.

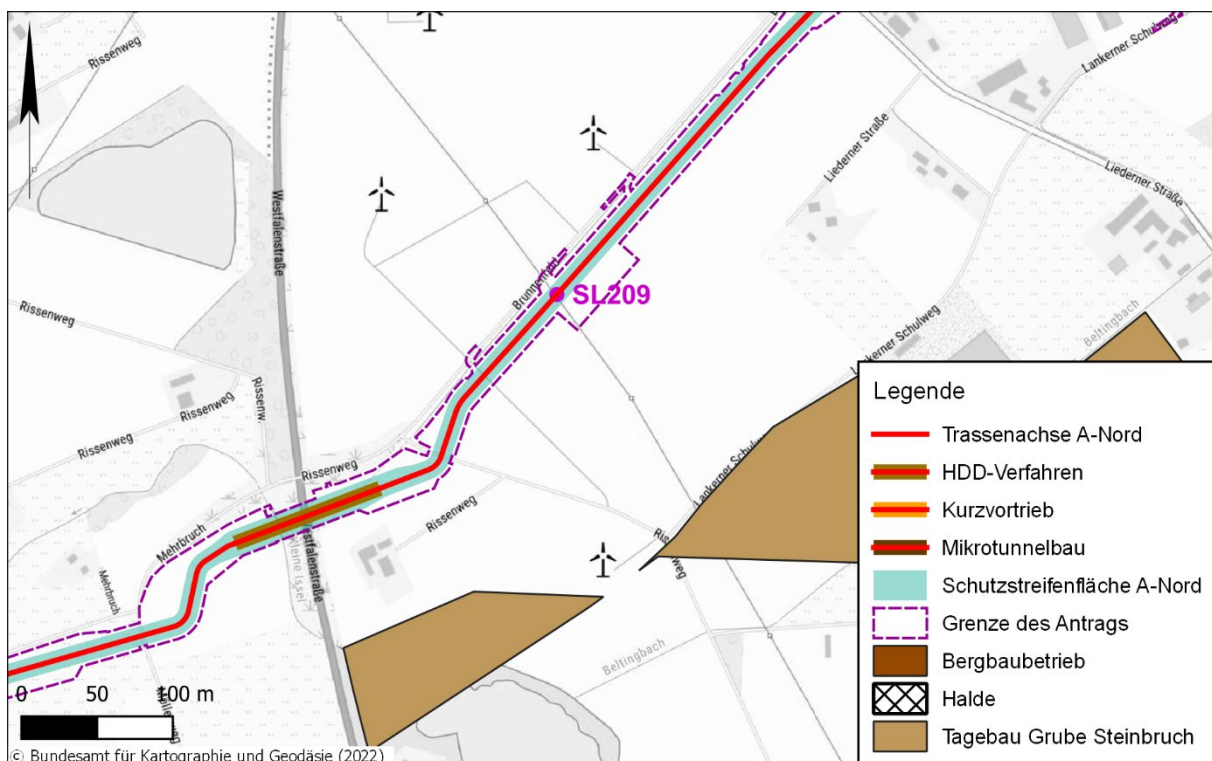


Abb. 3-1: Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze im Umfeld der Antragstrasse bei SL209

3.4.4 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Wie in Unterlage J2.12 Kapitel 8 beschrieben, stehen die Gebiete des Bergbaus und der Rohstoffsicherung dem Bau und Betrieb der Antragstrasse nicht entgegen, womit die Konformität mit dem Vorhaben gegeben ist.

3.5 Belange der Infrastruktur, des Straßenbaus und der Schifffahrt

Nachfolgend werden die Betroffenheit und die Konformität des Vorhabens mit den Belangen der Infrastruktur, des Straßenbaus und der Schifffahrt dargestellt und bewertet. Neben den einschlägigen (technischen) Regelwerken bilden hierfür insbesondere die zu berücksichtigenden Stellungnahmen der betroffenen Betreiber der jeweiligen Infrastruktur die Grundlage.

Für die nachfolgend aufgelisteten Infrastrukturen sind auf Basis detaillierter Planungen insb. etwaige erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Fremdleitungen mit den Betreibern bzw. den Trägern abzustimmen:

- Flughäfen und Landeplätze,
- Verkehrswege,
- Ver- und Entsorgungsanlagen,
- Windenergie- und Photovoltaikanlagen sowie
- Übertragungs- und Verteilnetze Gas, Wasser, Elektrizität,
- Telekommunikationsinfrastrukturen,
- Militärische Anlagen.

3.5.1 Flughäfen und Landeplätze

3.5.1.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen die Erhebung für den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG, das Basis-DLM, Stand 31.01.2023, sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.1.2 Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf Flughäfen und Landeplätze werden die in Tab. 3-6 aufgeführten Kriterien und Objektarten betrachtet.

Tab. 3-6: Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von Flughäfen und Landeplätzen

Kriterium	Objektart
Basis-DLM	AX_Flugverkehr AX_Flugverkehrsanlage

3.5.1.3 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Es liegen keine Flughäfen und Landeplätze im Umfeld der Antragstrasse.

3.5.1.4 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Flughäfen und Landeplätze werden durch die Antragstrasse nicht berührt, womit die Konformität mit dem Vorhaben gegeben ist.

3.5.2 Weitere Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienen, Wasserwege)

3.5.2.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen die Erhebung für den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG, das Basis-DLM, Stand Januar 2023, sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.2.2 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Die weitere Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Gleisanlagen (Schienen), Wasserwege) im Umfeld der Antragstrasse sind in der Unterlage C2.2 dargestellt.

3.5.2.3 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Die weitere Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Gleisanlagen (Schienen), Wasserwege) wird im notwendigen Umfang durch die Antragstrasse gequert. Für die Querungen kommen in Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange offene Bauweisen gemäß Unterlage C3 (Schemazeichnungen), ggf. mit erforderlicher Umleitung, oder geschlossene Bauweisen gemäß Unterlage C3 (Schemazeichnungen) zur Anwendung, sodass die Funktionalität und Sicherheit der weiteren Verkehrsinfrastruktur gewährleistet bleibt damit die Konformität des Vorhabens mit den Belangen der weiteren Verkehrsinfrastruktur gegeben ist. Die Kreuzungspunkte der Antragstrasse mit Landes- und Bundesstraßen (Zuständigkeit Straßen NRW, Regionalniederlassung Niederrhein) wurden ermittelt und die Ausbauabsichten des Straßenbaulastträgers anhand eines Planes von Straßen NRW, Regionalniederlassung Niederrhein bzgl. eines möglichen Konfliktpotentials bewertet und entsprechend planerisch berücksichtigt (Straßen.NRW Regionalniederlassung Niederrhein 2023).

Für die Querung von Autobahnen, Gleisanlagen (Schienen) und Gewässern 1. Ordnung sind in der Unterlage C4 Kreuzungsdetailpläne beigelegt.

Für die Querung des Gewässers 1. Ordnung Rhein ist ergänzend eine Strom- und Schifffahrtspolizeiliche Genehmigung erforderlich. Der zugehörige Antrag ist als Unterlage H2 beigelegt.

Für die Querung der Straßen und Gleisanlagen (Schienen) werden ergänzend mit den zugehörigen Baulastträgern, sofern erforderlich, Kreuzungsverträge abgeschlossen.

Alle Kreuzungen der weiteren Verkehrsinfrastruktur sind in der Unterlage D1.2 (Kreuzungsverzeichnis) aufgeführt.

3.5.3 Ver- und Entsorgungsanlagen

3.5.3.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen die Erhebung für den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG, das Basis-DLM, Stand 31.01.2023, sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.3.2 Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf Ver- und Entsorgungsanlagen werden die in Tab. 3-7 aufgeführten Kriterien und Objektarten betrachtet.

Tab. 3-7: Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von Ver- und Entsorgungsanlagen

Kriterium	Objektart	Kennung
Basis-DLM	AX_IndustrieUndGewerbeflaeche	FKT = 2500er Gruppe (Versorgungsanlage) FKT = 2600er Gruppe (Entsorgungsanlage)

3.5.3.3 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Es liegen keine Ver- und Entsorgungsanlagen im Umfeld der Antragstrasse.

3.5.3.4 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Die Ver- und Entsorgungsanlagen werden durch die Antragstrasse nicht berührt, womit die Konformität mit dem Vorhaben gegeben ist.

3.5.4 Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien (Windkraftanlagen, Solaranlagen)

3.5.4.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen die Erhebung für den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG, das Basis-DLM, Stand 31.01.2023, sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.4.2 Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien werden die in Tab. 3-8 aufgeführten Kriterien und Objektarten betrachtet.

Tab. 3-8: Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien

Kriterium	Objektart	Kennung
Basis-DLM	AX_BauwerkOderAnlageFuerIndustrieUndGewerbe	BWF = 1220 (Windrad) BWF = 1230 (Solarzelle)

3.5.4.3 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Die Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien (Windenergieanlagen, Solaranlagen) im Umfeld der Antragstrasse sind in den Abb. 3-2 bis Abb. 3-4 dargestellt.

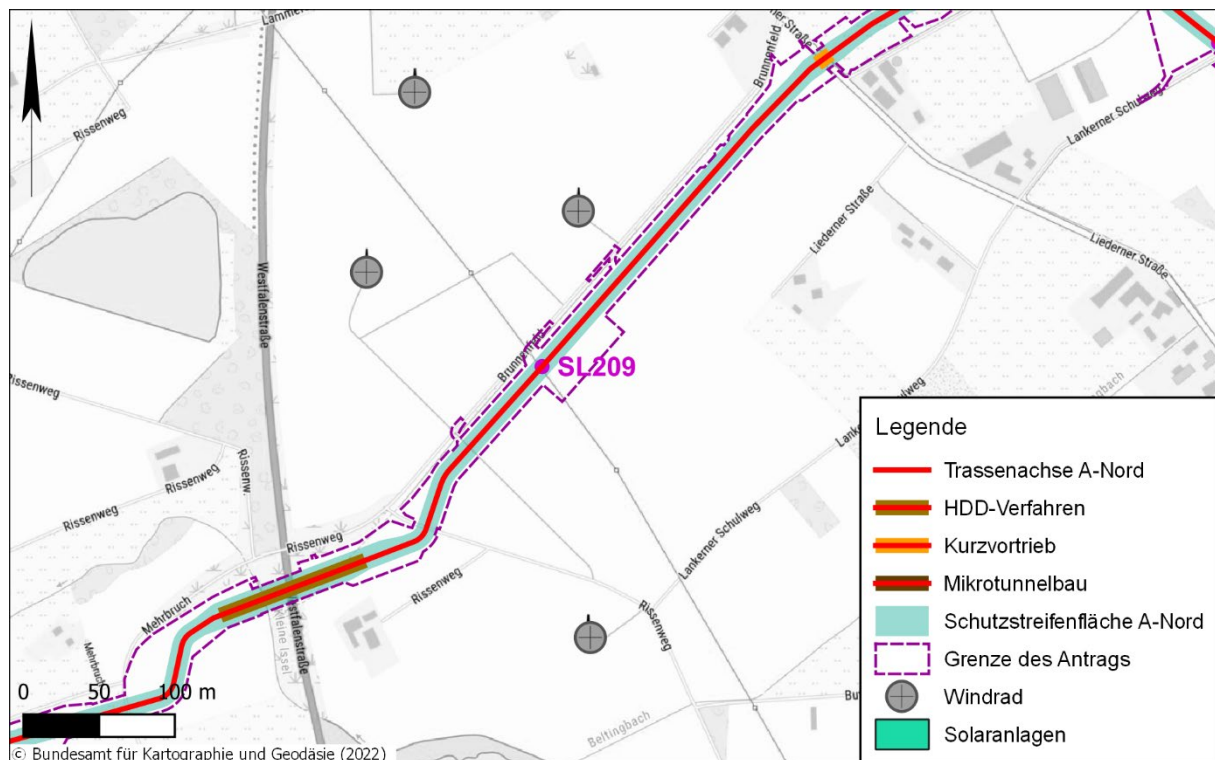


Abb. 3-2: Windräder im Umfeld der Antragstrasse bei SL209

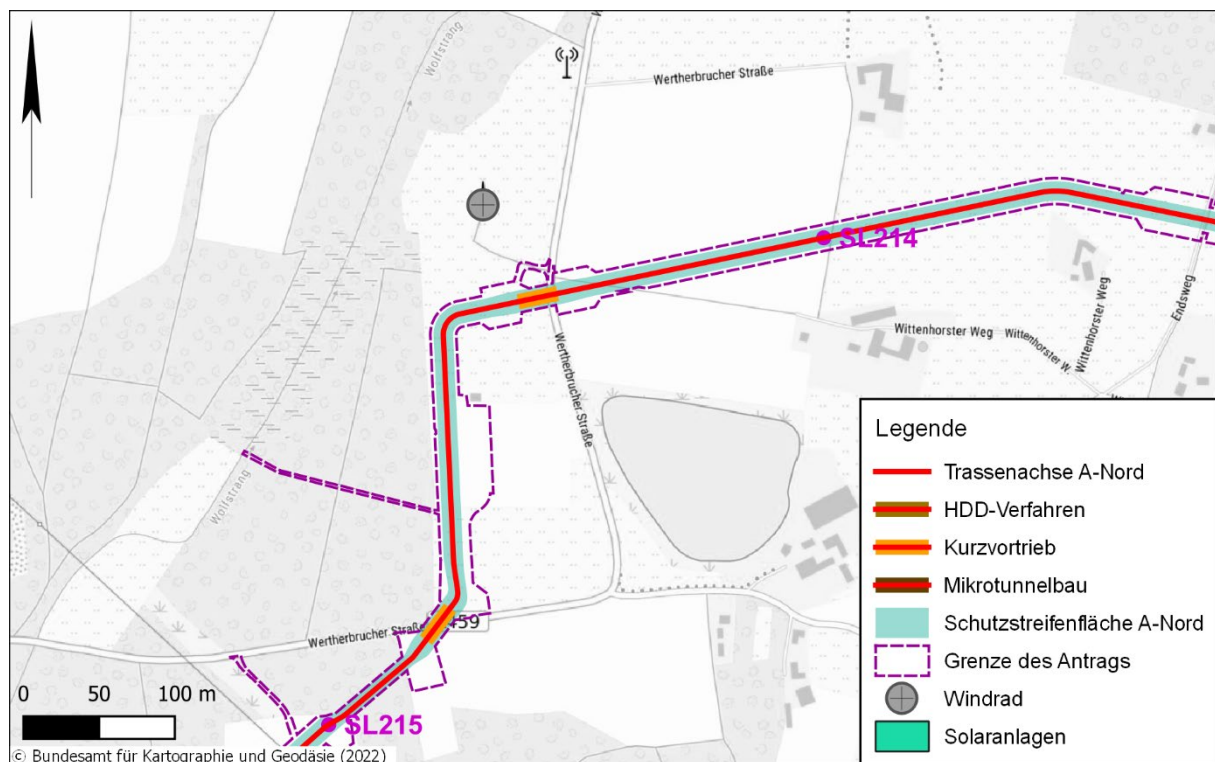


Abb. 3-3: Windräder im Umfeld der Antragstrasse zwischen SL214 und SL215



Abb. 3-4: Windräder im Umfeld der Antragstrasse bei SL226

3.5.4.4 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Die Windenergieanlagen und Solaranlagen werden durch die Antragstrasse nicht berührt, womit die Konformität des Vorhabens mit Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien (Windenergieanlagen, Solaranlagen) gegeben ist. Darüber hinaus ist ein Bau von Windenergieanlagen nach wie vor möglich, da ein Überstreichen des Schutzstreifens durch die Rotorblätter möglich ist.

3.5.5 Übertragungs- und Verteilnetz Elektrizität

3.5.5.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen eine Leitungsanfrage über Portale zur Leitungserkundung (ALIZ, BIL) sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.5.2 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Das Übertragungs- und Verteilnetz Elektrizität im Umfeld der Antragstrasse ist in der Unterlage C2.2 dargestellt.

3.5.5.3 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Das Übertragungs- und Verteilnetz Elektrizität wird im notwendigen Umfang durch die Antrags- trasse gequert. Für die Querungen kommen in Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Be- lange offene oder geschlossene Bauweisen gemäß Unterlage C3 (Schemazeichnungen) zur Anwendung, sodass die Funktionalität und Sicherheit des Übertragungs- und Verteilnetzes Elektrizität gewährleistet bleibt und damit die Konformität mit dem Vorhaben gegeben ist.

Für die Querung des Übertragungs- und Verteilnetzes Elektrizität werden ergänzend, soweit gefordert, mit den zugehörigen Baulastträgern Kreuzungsverträge abgeschlossen.

Alle Kreuzungen des Übertragungs- und Verteilnetzes Elektrizität sind in der Unterlage D1 (Kreuzungsverzeichnis) aufgeführt.

3.5.6 Fernleitungs- und Verteilnetz Gas, weitere Leitungsinfrastruktur

3.5.6.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen eine Leitungsanfrage über Portale zur Leitungserkundung (ALIZ, BIL) sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.6.2 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Das Fernleitungs- und Verteilnetz Gas sowie die weitere Leitungsinfrastruktur im Umfeld der Antragstrasse ist in der Unterlage C2.2 dargestellt.

3.5.6.3 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Das Fernleitungs- und Verteilnetz Gas sowie die weitere Leitungsinfrastruktur wird im notwen- digen Umfang durch die Antragstrasse gequert. Für die Querungen kommen in Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange offene oder geschlossene Bauweisen gemäß Unterlage C3 (Schemazeichnungen) zur Anwendung, sodass die Funktionalität und Sicherheit des Fern- leitungs- und Verteilnetz Gas sowie der weiteren Leitungsinfrastruktur gewährleistet bleibt und damit die Konformität mit dem Vorhaben gegeben ist

Für die Querung des Fernleitungs- und Verteilnetz Gas sowie der weiteren Leitungsinfrastruk- tur werden ergänzend, soweit gefordert, mit den zugehörigen Baulastträgern Kreuzungsver- träge abgeschlossen.

Alle Kreuzungen des Fernleitungs- und Verteilnetz Gas sowie der weiteren Leitungsinfrastruk- tur sind in der Unterlage D1 (Kreuzungsverzeichnis) aufgeführt.

3.5.7 Richtfunkverbindungen und andere Telekommunikationsinfrastruktur

3.5.7.1 Erläuterung der Datengrundlage

Richtfunkverbindungen werden durch die Bauweise der Antragstrasse als Erdkabelanlage nicht berührt, weswegen eine Datengrundlage hierfür nicht erforderlich ist.

Als Datengrundlage für andere Telekommunikationsinfrastruktur liegen eine Leitungsanfrage über Portale zur Leitungserkundung (ALIZ, BIL) sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.7.2 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Die andere Telekommunikationsinfrastruktur im Umfeld der Antragstrasse ist in der Unterlage C2.2 dargestellt.

3.5.7.3 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Die Richtfunkverbindungen werden durch die Antragstrasse nicht berührt, womit die Konformität des Vorhabens mit Richtfunkverbindungen gegeben ist.

Die andere Telekommunikationsinfrastruktur wird im notwendigen Umfang durch die Antragstrasse gequert. Für die Querungen kommen in Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange offene oder geschlossene Bauweisen gemäß Unterlage C3 (Schemazeichnungen) zur Anwendung, sodass die Funktionalität und Sicherheit der anderen Telekommunikationsinfrastruktur gewährleistet bleibt und damit die Konformität mit dem Vorhaben gegeben ist.

Für die Querung der anderen Telekommunikationsinfrastruktur werden ergänzend, soweit gefordert, mit den zugehörigen Baulastträgern Kreuzungsverträge abgeschlossen.

Alle Kreuzungen der anderen Telekommunikationsinfrastruktur sind in der Unterlage D1 (Kreuzungsverzeichnis) aufgeführt.

3.5.8 Militärische Anlagen

3.5.8.1 Erläuterung der Datengrundlage

Als Datengrundlage liegen die Erhebung für den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG das Basis-DLM, Stand 31.01.2023, sowie, soweit gegeben, Ergänzungen nach Maßgabe der Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange zugrunde.

3.5.8.2 Ausführung der Kriterien zur Bestandserfassung

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf militärische Anlagen werden die in

Tab. 3-9 aufgeführten Kriterien und Objektarten betrachtet.

Tab. 3-9: Auflistung der betrachteten Kriterien zur Bestandserfassung von militärischen Anlagen

Kriterium	Objektart	Kennung
Basis-DLM	AX_SonstigesRecht	ADF = 4720
	AX_Flugverkehr	NTZ = 2000, 3000

3.5.8.3 Prüfung der Betroffenheit und möglicher Beeinträchtigungen

Es liegen keine militärischen Anlagen im Umfeld der Antragstrasse.

3.5.8.4 Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen

Militärische Anlagen werden durch die Antragstrasse nicht berührt, womit die Konformität des Vorhabens mit militärischen Anlagen gegeben ist.

3.6 Ordnungsrechtliche Belange (munitions- und kampfmittelbelastete Flächen)

Nachfolgend werden die Kampfmittelverdachtsflächen innerhalb des Planfeststellungsabschnitts NRW2 aufgezeigt und der Umgang mit den Kampfmitteln dargelegt.

Ordnungsrechtliche Belange werden weder im Umweltbericht noch in anderen Dokumenten, die Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG sind, betrachtet. Entsprechend erfolgt eine Berücksichtigung und Prüfung in der vorliegenden Unterlage.

Ordnungsrechtliche Belange im Sinne dieser Unterlage umfassen den Umgang mit Kampfmitteln bzw. Kampfmittelverdachtsflächen (Munition/kampfmittelbelastete Flächen).

Gemäß der baufachlichen Richtlinien Kampfmittelräumung (BFR KMR 2018, herausgegeben durch das Bundesministerium des Inneren für Bau und Heimat – BMI und das Bundesministerium der Verteidigung – BMVg) handelt es sich bei Kampfmitteln um im Boden verbliebene nicht detonierte bzw. gewahrsamslos gewordene, zur Kriegsführung bestimmte Gegenstände und Stoffe militärischer Herkunft und Teile solcher Gegenstände, die Explosivstoffe oder Rückstände dieser Stoffe enthalten oder aus Explosivstoffen oder deren Rückständen bestehen, chemische Kampf-, Nebel-, Brand- oder Reizstoffe oder Rückstände dieser Stoffe enthalten, Kriegswaffen oder wesentliche Teile von Kriegswaffen sind. Diese Kampfmittel können durch unterschiedliche Verursacherszenarien stammen u. a. Luftangriffe, Flakstellungen, Bodenkämpfe, Kampfmittelvernichtung oder sonstige Sprengungen und sind somit individuell zu betrachten.

Der Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren, die von Kampfmitteln ausgehen, ist eine Aufgabe der Gefahrenabwehr, die in NRW den staatlichen Ordnungsbehörden obliegt. Da der Umgang mit Kampfmitteln besondere Fachkunde voraussetzt, unterhält das Land Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung der örtlichen Ordnungsbehörden einen Kampfmittelbeseitigungsdienst bei den Bezirksregierungen

- Arnsberg: für die Bezirke Arnsberg, Detmold und Münster,

- Düsseldorf: für die Bezirke Düsseldorf und Köln

Hauptaufgaben des staatlichen Kampfmittelbeseitigungsdienstes sind:

- Räumung von Zufallsfunden,
- Luftbildauswertung von zu bebauenden Flächen,
- Vernichtung der geräumten Kampfmittel und
- Flächenüberprüfungen und die sich daraus ergebenden Kampfmittelräumungen

Der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst legt aus fachlicher Sicht das staatliche Handlungserfordernis fest, wobei durch Änderung des §3 der Kampfmittelverordnung in der Fassung vom 01.06.2022 einzelne Tätigkeiten für den Bauherrn durch private Räumfirmen freigegeben wurden. Grundsätzlich plant und organisiert jedoch der Kampfmittelbeseitigungsdienst die notwendigen Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen, führt sie durch und vergibt Aufträge. Die Aufgabenwahrnehmung ist in der Technischen Verwaltungsvorschrift geregelt.

Grundsätzlich sind die örtlichen Ordnungsbehörden als Gefahrenabwehrbehörden Antragsteller für Flächenüberprüfungen. Bedarfsträger, wie Bauherren, Fachplaner Kampfmittelräumung, Architekten, Unternehmen etc. werden grundsätzlich an die örtlichen Ordnungsbehörden verwiesen. Mit besonderen Bedarfsträgern gemeindeübergreifender Vorhaben können planende Vorgespräche geführt werden, über die dann die örtlichen Ordnungsbehörden umgehend zu informieren sind.

Der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst plant und organisiert die unmittelbaren Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen im Auftrag der örtlichen Ordnungsbehörde, führt sie durch und vergibt ggf. Unteraufträge an private Räumfirmen. Bei Baumaßnahmen mit Bodeneingriffen entscheidet die örtliche Ordnungsbehörde über die Einschaltung des KBD. Grundstückseigentümer oder beauftragte Unternehmen wenden sich an die örtliche Ordnungsbehörde oder die zuständige Bauaufsichtsbehörde entsprechend der Richtlinie für die Zusammenarbeit zwischen den Bauaufsichtsbehörden und dem Kampfmittelbeseitigungsdienst

3.7 Belange der Bundeswehr

Belange der Bundeswehr werden grundsätzlich im Rahmen des Kapitels 3.5.8 „Militärische Anlagen“ behandelt.

Des Weiteren werden Straßen des Militärstraßengrundnetzes durch die Antragstrasse gequert. Gemäß Richtlinien für die Anlage und den Bau von Straßen für militärische Schwerlastfahrzeuge (RABS) sind Autobahnen etc. zivile Infrastrukturen, die teilweise (sofern dem Militärstraßengrundnetz zuzuordnen sind) von militärischem Interesse.

Grundsätzlich werden die übergeordneten Straßen bzw. klassifizierte Straßen (mit Ausnahme von Gemeindestraßen), die das Vorhaltenetz bilden, in geschlossener Bauweise gequert. Dies erfolgt in Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange als Baulastträger dieser Infrastrukturen, so dass die Funktionalität und Sicherheit der Verkehrsinfrastruktur und die Einhaltung entsprechender Richtlinien gegeben ist. (Siehe Kapitel 3.5.2.3)

3.8 Andere behördliche Verfahren

Im Folgenden wird dargelegt, inwiefern andere behördliche Verfahren, wie z. B. Flurbereinigungs- oder Bodenneuordnungsverfahren durch das Vorhaben betroffen sind.

Andere behördliche Verfahren werden weder im Umweltbericht noch in anderen Dokumenten, die Bestandteil der Unterlagen nach § 21 NABEG sind, betrachtet. Entsprechend erfolgt eine Berücksichtigung und Prüfung in der vorliegenden Unterlage.

Flurbereinigungen gemäß § 1 Flurbereinigungs-gesetz (FlurbG) bezeichnen das Bodenneuordnungsverfahren, welches die Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes zum Ziel hat. Zweck der Flurbereinigung ist die Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung. Um diesen Zweck erfüllen zu können, gibt es verschiedene Verfahren der Flurbereinigung, mit denen der ländliche Grundbesitz neu geordnet werden kann. Flurbereinigungsverfahren haben die Aufgabe, unterschiedliche Nutzungsansprüche an Grund und Boden zu entflechten (Bodenneuordnung), bedarfsgerechte Grundstücke auszuweisen und landeskulturelle Nachteile zu beheben. Daneben haben Flurbereinigungen den Auftrag, zur Landentwicklung Anlagen zur Verbesserung der Infrastruktur, des Bodenschutzes sowie Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung und zur Dorferneuerung herzustellen.

In der vorliegenden Unterlage werden sowohl diejenigen Verfahren berücksichtigt, die der Vorhabenträgerin bereits bekannt sind bzw. zu denen bereits Hinweise im Rahmen des bisherigen Genehmigungsverfahrens (u. a. BNetzA 2022) eingegangen sind, als auch diejenigen Verfahren, die im Zuge der Recherche für das Planfeststellungsverfahren erhoben wurden.

3.8.1 Bestandserfassung

Im Abschnitt NRW2 sind die nachfolgend aufgeführten geplanten oder laufenden Verfahren bekannt:

Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach § 86 FlurbG; Deich Kalkar-Niedermörmter

Aktueller Verfahrensstand: Die Ergebnisse des Verfahrens Deich Kalkar-Niedermörmter wurden im Flurbereinigungsplan zusammengefasst. Die entsprechende Ausführungsanordnung mit Wirkung zum 01.12.2022 ist bestandskräftig.

Aktuell wird die Berichtigung der öffentlichen Bücher in die Wege geleitet. Die Berichtigung des Liegenschaftskatasters wurde bereits beantragt. Die Beantragung zur Berichtigung der Grundbücher soll in Kürze erfolgen.

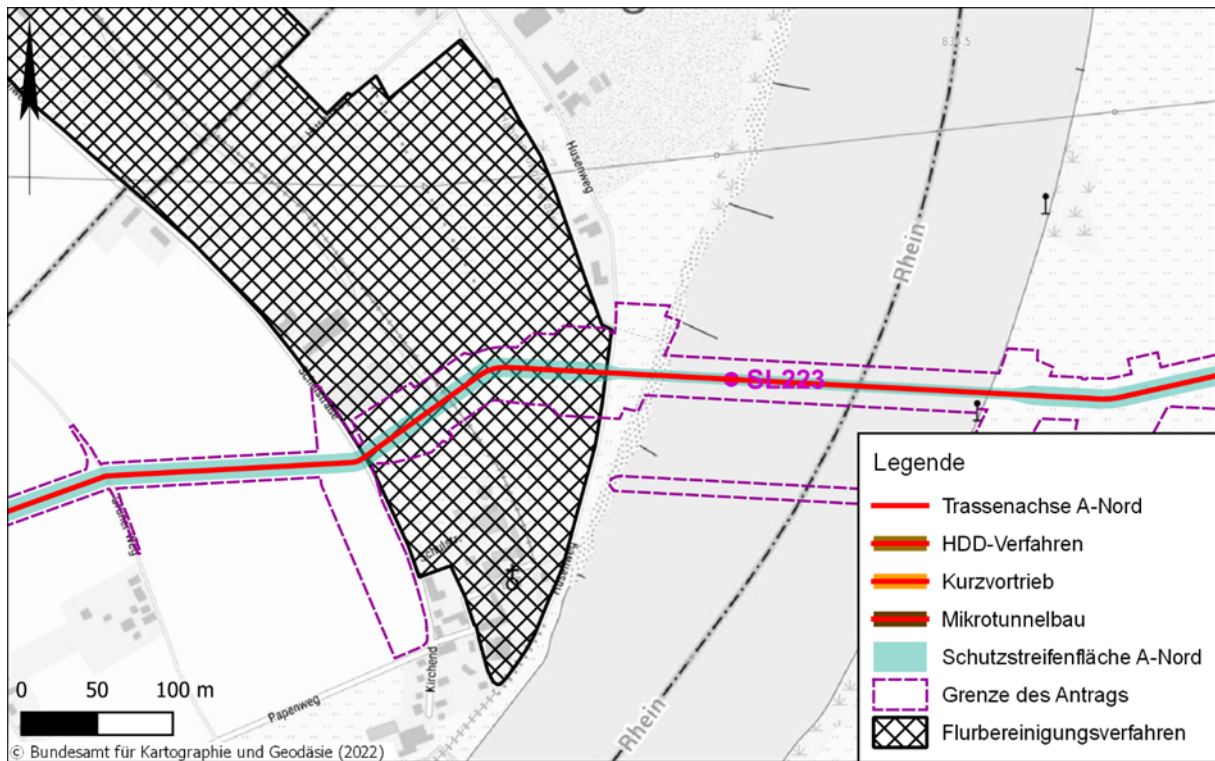


Abb. 3-5: Flurbereinigungsverfahren Deich Kalkar-Niedermörmter bei SL223

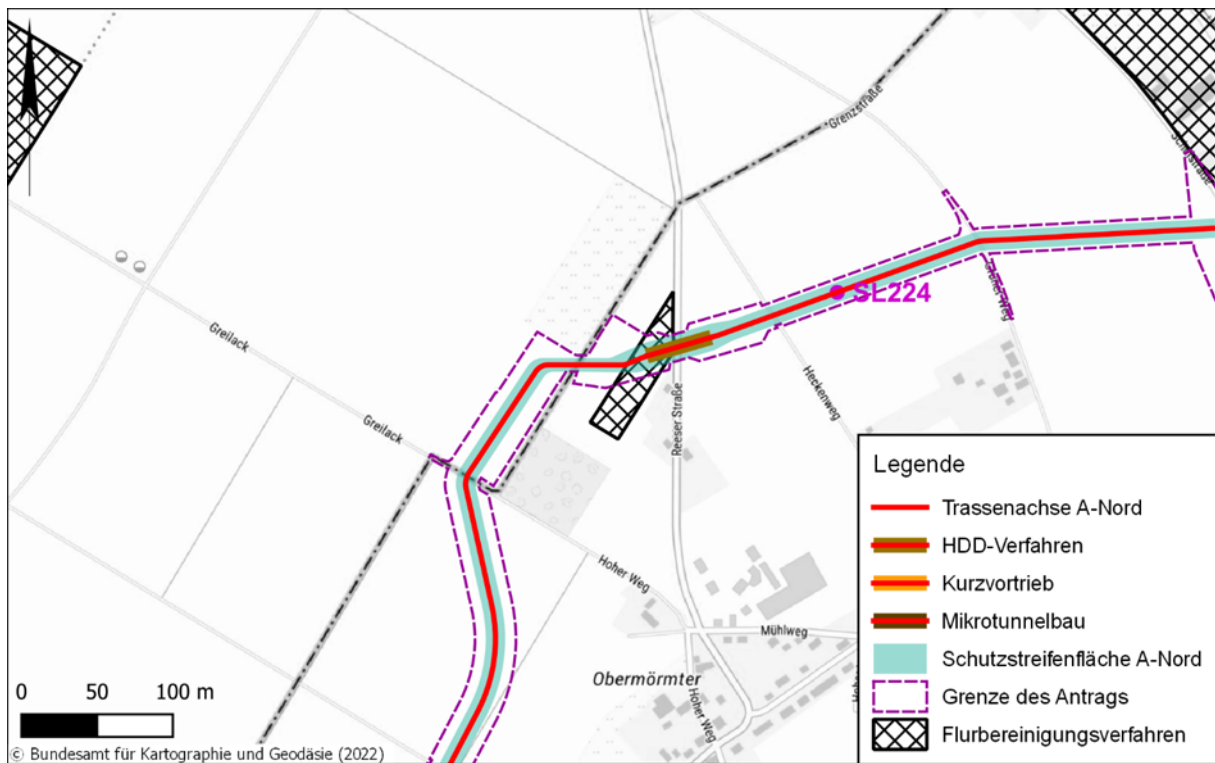


Abb. 3-6: Flurbereinigungsverfahren Deich Kalkar-Niedermörmter bei SL224

3.8.2 Auswirkung

In Gebieten, in denen Flurbereinigungsverfahren parallel zur Planung und Umsetzung der Leitungsbauprojekte durchgeführt werden, stimmt sich die Vorhabenträgerin eng mit den zuständigen Flurbereinigungsbehörden hinsichtlich der Voraussetzungen für Eintragungen von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten zur Sicherung des erforderlichen Leitungsrechts in den Grundbüchern ab. Die Voraussetzungen und damit verbundene Vorgehensweise ist dabei vom Verfahrensstand der Flurneuordnung abhängig. Ziel ist die verlustsichere Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten in den durch die Grundbuchämter zu berichtigenen Grundbücher, welche nach Abschluss der Verfahren gültig sind.

In Absprache mit der durchführenden Behörde kann eine Eintragung von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten auf Basis der Eigentumsverhältnisse vor Flurneuordnung in einem sehr frühen Stadium der Flurneuordnung sinnvoll sein. Diese Dienstbarkeiten werden während des Verfahrens bis zur Schlussbestimmung berücksichtigt und durch die Grundbuchämter bei der Berichtigung der Grundbücher in Folge der Neuordnung übertragen.

I. d. R. wird die Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten auf Basis privatrechtlicher Verträge bis zum Ende des Flurbereinigungsverfahrens zurückgestellt und im Zuge der Berichtigung der Grundbücher vollzogen.

Das Flurbereinigungsverfahren Deich Kalkar-Niedermörmter überlagert sich mit dem Antragsgegenstand des Vorhabens im Planfeststellungsabschnitt NRW2. Die Konformität des Vorhabens mit dem Flurbereinigungsverfahren ist gegeben, denn eine Eintragung von Dienstbarkeiten kann im Flurbereinigungsverfahren berücksichtigt und im Zuge der Neuordnung auf das jeweilige Grundstück übertragen werden.

3.9 Belange der Gewerbeausübung

Für diesen Belang ist darzulegen, ob potenzielle Beeinträchtigungen der Gewerbeausübung von Betrieben erkennbar sind, deren Bestand durch die Realisierung des Vorhabens in Frage stehen könnte.

3.9.1 Bestandserfassung

Maßgebend für die Belange der Gewerbeausübung ist die Erreichbarkeit der Betriebsflächen der Gewerbetreibenden durch die bestehende Verkehrsinfrastruktur.

3.9.2 Beurteilung und Bewertung der Auswirkungen des Vorhaben

Durch die realisierte Antragstrasse wird die Verkehrsinfrastruktur nicht verändert, sodass die Belange der Gewerbeausübung nicht berührt werden.

Bei der baulichen Realisierung der Antragstrasse wird durch die Baulogistik (bauzeitlich, z. B. Versperrung von Zufahrten, Umwege) sichergestellt, dass die Erreichbarkeit der Betriebsflächen jederzeit gegeben ist, sodass in dieser Phase die Belange der Gewerbeausübung gewahrt werden.

4 Quellenverzeichnis

Baufachliche Richtlinien Kampfmittelräumung (bfr-kmr.de): https://www.bfr-kmr.de/anhang_2.1.2.html, aufgerufen im November 2022.

BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6).

BBPlG: Bundesbedarfsplangesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 133).

Bezirksregierung Düsseldorf (1999): Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf, in Kraft getreten am 15.12.1999 (GEP 99)

Bezirksregierung Düsseldorf (2008): 51. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99), in Kraft getreten 09.12.2008

Bezirksregierung Düsseldorf (2018): Regionalplan Düsseldorf, in Kraft getreten am 13.04.2018.

Bezirksregierung Düsseldorf (2020): 1. Änderung des RP Düsseldorf 2018 – „Mehr Wohnbauland am Rhein“, in Kraft getreten am 26.11.2020.

Bezirksregierung Düsseldorf Dez. 32 (2023): Es liegen keine abgeschlossenen Raumordnungsverfahren für den Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Düsseldorf vor. Derzeit werden keine Raumordnungsverfahren im Regierungsbezirk Düsseldorf durchgeführt. Telefonische Mitteilung Helge Clären vom 10.05.2023.

BKompV – Bundeskompensationsverordnung (2020): Verordnung über die Vermeidung und die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft im Zuständigkeitsbereich der Bundesverwaltung vom 14. Mai 2020 (BGBl. I Nr. 25 vom 02.06.2020 S. 1088)

BNetzA - Bundesnetzagentur (2021): Bundesfachplanungsentscheidung gemäß § 12 NABEG für Vorhaben Nr. 1 des Bundesbedarfsplangesetzes (Emden Ost – Osterath) Abschnitt D (Abschnitt Raum Borken/Schermbeck – Osterath).

BNetzA - Bundesnetzagentur (2022): Festlegung des Untersuchungsrahmens und Bestimmung des erforderlichen Inhalts der nach § 21 NABEG einzureichenden Unterlagen für das Vorhaben Nr. 1 BBPlG Planfeststellungsabschnitt 5; Gz.: 6.07.01.02/1-2-5 #9. - vom 16.03.2022.

BSI-KritisV: BSI-Kritisverordnung vom 22. April 2016 (BGBl. I S. 958), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. September 2021 (BGBl. I S. 4163).

Bundeskompensationsverordnung vom 14. Mai 2020 (BGBl. I S. 1088)

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz vom 19.08.2021.

BWaldG: Bundeswaldgesetz vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), zuletzt geändert durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436).

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2022/564 DER KOMMISSION vom 19. November 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse).

GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478).

Kartendarstellung und Präsentationsgraphiken: © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2022), Datenquellen: https://sgx.geodatenzentrum.de/web_public/gdz/datenquellen/Datenquellen_TopPlusOpen.html, aufgerufen im November 2022.

LANUV (2023): Überschwemmungsgebiete, vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete, Hochwassergefahrenflächen HQhäufig, HQ100, HQextrem als Shapedateien.

LFoG - Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1980, zuletzt geändert am 25.03.2022 S. 360

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2019): Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, in Kraft getreten am 06.08.2019. Zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan vom 12. Juli 2019.

NABEG: Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist.

ROG: Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88).

RVR Regionalverband Ruhr (2022): Entwurf des Regionalplans Ruhr.

RVR Regionalverband Ruhr (2023): Raumordnungsverfahren für neue Vorhaben. Prüfung der Raumverträglichkeit raumbedeutsamer Vorhaben. <https://www.rvr.ruhr/themen/staatliche-regionalplanung/raumordnungsverfahren/> , zuletzt abgerufen am 08.05.2023.

Straßen.NRW – Kartenmaterial der Regionalniederlassungen von Straßen.NRW (Dokument: RNL Niederrhein): <https://www.strassen.nrw.de/de/kartenmaterial-von-strassen-nrw.html>, aufgerufen im Januar 2023.

Umweltbundesamt (2013): Potenzial der Windenergie an Land - Studie zur Ermittlung des bundesweiten Flächen- und Leistungspotenzials der Windenergienutzung an Land. Dessau-Roßlau.

UVPG: Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88).